

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist.  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die deutsche Arbeiterklasse und der Weltmarkt

I.  
Da die jetzige Kulturmenschenheit geistig und wirtschaftlich auf den Weltverkehr zugeschnitten ist, so müssen nach dem Kriege notwendigerweise die internationalen Verbindungen zwischen den einzelnen Völkern, die zerrissen worden sind, wieder angeknüpft werden. Der jetzige Zustand der Volkswirtschaft, auf den Deutschland durch die Abwehrmaßnahmen zurückgedrängt worden ist, bedeutet nur einen Notbehelf und einen Uebergang. Es wäre durchaus rückwärtlich gedacht, wollte man etwa die Tatsache, daß Deutschland zeitweilig auf seine eigenen Kräfte und Hilfsmittel angewiesen ist, als eine neue Errungenschaft hinstellen, die dauernd festgehalten werden müsse. Tatsächlich kann das deutsche Volk — ebenso wenig wie irgend ein anderer Kulturvolk — die Hilfe anderer Völker entbehren, wie diese ja umgekehrt auch seine Hilfe nicht entbehren können. Der fortwährende Austausch sachlicher und geistiger Güter ist die Vorbedingung unseres neuzeitlichen Daseins und darum muß die Weltwirtschaft wieder hergestellt werden. Aus den blutigen Greueln des Weltkrieges, aus der gegenseitigen Erbitterung und Gefäßigkeit, aus der schier unausstehbaren Feindschaft der kriegführenden Mächte muß und wird über kurz oder lang eine Verständigung erwachsen, die ein Handinhandarbeiten ermöglicht. Ueber die zerstörten Städte und über die Haufen von Leichen hinweg werden sich die Völker von neuem die Hände reichen. Eine Wiederannäherung der feindlichen Völker ist nur eine Frage der Zeit, die wirtschaftliche Notwendigkeit wird sie zueinander hintreiben, denn diese Notwendigkeit ist stärker als Zuneigung oder Abneigung. Darum bietet es schon heute, da die Kriegswut noch tobt, einen lebhaften Anreiz, die Frage zu erörtern, wie sich voraussichtlich der Weltverkehr entwickeln und vor allen Dingen, wie sich die deutsche Arbeiterklasse dazu stellen wird.

Zur Anbahnung eines Weltverkehrs ist es notwendig, daß wir Deutschen schrittweise vorgehen, weil ein gewaltsames Vorwärtstreten keinen Erfolg verspricht. Zunächst steht uns also die Aufgabe bevor, die wirtschaftliche Verbindung mit unseren Bundesgenossen fester zu knüpfen und inniger zu gestalten. Gewiß sind noch viele Hindernisse zu beseitigen, aber dennoch wird es bei einigermassen gutem Willen gelingen, die deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Anschluß der Balkanländer und der Türkei durchzusetzen. Dieses wirtschaftliche Mitteleuropa, das vielen unserer Zeitgenossen noch als ein unerfüllbarer Traum erscheint, wird das Wirtschaftsleben der beteiligten Völker günstiger beeinflussen und ihnen allen Vorteile bringen. Auch das Verhältnis zu den Neutralen, einschließlich der Vereinigten Staaten Nordamerikas, das während des Krieges vielfach getrübt worden ist, muß wieder ins Lot gebracht werden. Dies wird nicht allzu schwierig sein, wenn es gelingt, die Mißverständnisse aufzuklären und die wirkliche Absicht Deutschlands auf dem Weltmarkte klarzulegen. Es kommt darauf an, den neutralen Völkern die Ueberzeugung beizubringen, daß wir nicht mit dem Gedanken umgehen, die ganze Welt uns wirtschaftlich untertan zu machen, sondern daß wir lediglich Gleichberechtigung und Gleichberechtigung auf dem Weltmarkte fordern. Zu dem Zwecke müssen wir uns vor allen Uebertreibungen fernhalten, und den chauvinistischen Großsprechern muß das Maul gestopft werden, weil sie nur Unheil anrichten und uns überall Feinde schaffen. Schwieriger wird sich die Wiederannäherung auf dem Weltmarkte gestalten, wenn es sich um unsere militärischen Gegner handelt. Der gegenseitige Haß, der sich in den Gemütern der Menschen aufgehäuft hat, muß zuerst überwunden werden, ehe das frühere Austauschverhältnis wiederhergestellt werden kann. Aber auch hier werden die wirtschaftlichen Notwendigkeiten den Ausschlag geben und der internationale Vorteil wird auch die erbittertesten Gegner zur Wiedervereinigung drängen. Sicherlich wird der Uebergang von der Kriegswirtschaft zu der Friedenswirtschaft auf dem Weltmarkte große Schwierigkeiten mit sich bringen, aber die unermesslichen Schwierigkeiten innewohnenden Triebkräfte werden auch diese Schwierigkeiten bewältigen. Rußland und Frankreich sind auf den Austauschverkehr mit uns dringend angewiesen und auch England kann ohne uns nicht auskommen.

Nach dem Kriege wird allmählich der sogenannte friedliche Wettbewerb auf dem Weltmarkte wieder einsetzen. Allerdings trifft die Bezeichnung friedlicher Wettbewerb eigentlich gar nicht zu, denn in Wirklichkeit wird sich ein erbitterter Kampf entwickeln, bei dem das Dasein eines jeden Volkes auf dem Spiele steht. Es dreht sich manchmal um Sein oder Nichtsein der Wettbewerber, weshalb sie auch in bezug auf die anzuwendenden Kampfmittel gar nicht wählerisch sind. Im Grunde genommen kommt es auf dasselbe heraus, ob ein Volk das andere mit Kanonen und Handgranaten aus seinem Lande vertreibt oder ob es seinen Wettbewerber durch Preisunterbietung und andere Mittel vom Weltmarkte verdrängt. Daraus greift der Kampf auf dem Weltmarkte so tief in das wirtschaftliche Leben eines jeden Volkes ein und darum verwandelt sich unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht selten der friedliche Wettbewerb in einen blutigen Krieg zwischen den Völkern.

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man annehmen, nur für die Kapitalistenklasse habe der Kampf auf dem Weltmarkte Bedeutung. Dies wäre ebenso falsch, als wenn man meinte, der gegenwärtige Weltkrieg sei eine Sache, die nur die herrschenden und besitzenden Klassen angehe. Jedes Volk als Ganzes betrachtet ist nun einmal ein soziales Gebilde, in dem das Wohl des einen Teils von dem des andern abhängig ist, wobei immer der Teil die Kosten eines Streites trägt, der sich selbst aus der Mitbestimmung ausschaltet. Aus diesem Grunde hat die deutsche Arbeiterklasse alle Veranlassung, in jedem Falle ihren eigenen Vorteil zu wahren und sich nicht beiseite schieben zu lassen. Besonders bei dem Kampfe auf dem Weltmarkte kommt es wesentlich darauf an, daß die Arbeiter Deutschlands ihre Sache vertreten, die allerdings in gewisser Beziehung mit dem Allgemeinwohl unseres Landes zusammenfällt. Es kann dem deutschen Proletariat nicht gleichgültig sein, welchen Ausgang dieser Kampf nimmt, ob er für Deutschland günstig oder

ungünstig ausläuft. Von dem Siege oder der Niederlage auf dem Weltmarkte hängt nicht nur das Gedeihen oder das Verderben unseres Landes und seine Stellung in der Welt ab, sondern auch das Wohlergehen der deutschen Arbeiterklasse hängt davon ab. Da ist es denn wohl selbstverständlich, daß der deutsche Arbeiter trotz seiner internationalen Gesinnung in allererster Linie Wert darauf legt, sein eigenes Wohl tatkräftig zu fördern und daß er alles das unterstützt, was seinem Vorteile dient. Wir haben keine Lust mehr, für andere Leute die Kaskanien aus dem Feuer zu holen, und wenn wir auch nach wie vor bereit sind, internationale Solidarität zu üben, so fällt es uns doch nicht mehr ein, den Lockbaiten derer zu folgen, die das Ausland umschmeicheln und unabhüllen, über die deutschen Angelegenheiten aber geringschätzig urteilen.

### Einfuhr von Kulis in Frankreich

In unserem Aufsatz über die gewerkschaftliche Internationale in Nr. 7/1916 dieses Blattes wurde schon als wahrscheinlich angegeben, daß die furchtbaren Liden, die der blutige Streit in die französische Arbeiterschaft reißt, durch chinesische Arbeiter ausgefüllt werden. Diese Voraussagung ist schneller Wirklichkeit geworden, als damals angenommen werden mochte. Die Vorbereitungen für die Einfuhr von Kulis sind in vollem Gange; die erste Sendung ist, wie es scheint, schon angelangt.

Das französische Unternehmertum baut für den kommenden Klassenkampf vor. An die in burgfriedlicher Stimmung gemachten oder erwarteten Freundschaften für die Arbeiterschaft glaubt es selbst offensichtlich nicht, obwohl es von den Arbeitern verlangt, daß sie der Mär vertrauen. Es bereitet sich vor, das von dem inneren Feind zu sichern, was es von dem äußeren Feind zu erlangen immer weniger Aussicht hat. Unter dem Vorwand, den Wiederaufbau des gewerblichen Lebens zu fördern oder dem kommenden Arbeitermangel vorzubeugen, versucht es, eine Menge von überbilligen Arbeitshänden herbeizuschaffen, sich eine Lohndrückenmaschine, und damit ein wirksames Machtmittel gegen die nach Verbesserung ihrer Lage strebende eingeborene Arbeiterschaft zu sichern. Der Schutz der „Union Sacrée“, des Burgfriedens, kommt ihm dabei trefflich zustatten.

Daß es sich nicht um eine vorübergehende, nicht um eine Kriegsmäßnahme handelt, läßt die folgende Mitteilung erkennen, die das sozialistische Blatt in Limoges, Le Populaire du Centre, am 20. April brachte: „Unter der Ökonomie einer Anzahl Persönlichkeiten ist zu Paris eine chinesisch-französische Schule gegründet worden, um den chinesischen Arbeitern die Ausübung ihrer Tätigkeit zu erleichtern, die sie zur Stärkung des französischen Gewerbes bei uns zu erfüllen berufen sind. Das Arbeitsministerium hat dem Ausschuss der chinesisch-französischen Schule die Räume eines Arbeitsnachweises in der Rue Bourgogne zur Verfügung gestellt. Hier arbeiten seit den ersten Tagen des Monats (April) die Söhne des Himmels unter der Leitung französischer Professoren; sie lernen unsere Sprache, lesen, schreiben, rechnen und erwerben die allgemeinen Kenntnisse, die nötig sind, um als Dolmetscher, Vermittler und Unterweser für die Laufende ihrer Landesleute zu walten, die in den ersten Tagen des Juni ankommen. Das ist eine Sache, die jede gewerkschaftliche Arbeiterorganisation Frankreichs angehen sollte.“

Mit den Vorbereitungen für die kommenden Chinesen läuft gleichzeitig eine Bewegung, die auch nach die Einfuhr von Eingeborenen der französischen Kolonien, von schwarzen Kulis erstrebt. Der Federführer dieser Richtung ist der Senateur von Guadeloupe, der Zeitungsschreiber und Politiker Bréanger. Er ist der Meinung: „Vor dem Kriege fehlten der französischen Industrie schon Arbeiter. Unsere Lage wird am Ende der Feindseligkeiten, nach den Verlusten, die wir erlitten haben, noch unangenehmer. Wir werden schnelllich in den benachbarten Ländern (Italien und Belgien) die Arbeiter wiederfinden, die in unsere Industrie arbeiten kamen. Man muß die eingeborene Bevölkerung unserer Kolonien (Indochina, Afrika) herbeirufen. So könnte man sich eine Menge Tagelöhner beschaffen und die wichtigsten Arbeitsverrichtungen dem französischen Arbeiter überstellen.“

Die Gefährlichkeit dieses Strebens nach Kulis kann für die Arbeiterschaft, und heilsame nicht nur für die französische, schwerlich überschätzt werden. Was in einem Lande begonnen ist, kann leicht in den andern ersehnt, nachgemacht werden. Der Kampf gegen die Einfuhr oder den Mißbrauch von chinesischen und schwarzen Proletariats als Lohnbrüder kann besonders die französische Arbeiterschaft mit nicht viel Erfolgsaussicht führen, da ihre Organisationen bekanntlich recht schwach sind. Daß sie nach dem Kriege auf wirtschaftlichem Gebiete mehr Erfolge haben wird als vorher, ist ganz und gar nicht wahrscheinlich. Sie wird alle Kräfte anspannen müssen, will sie nur die früheren Lohnsätze erhalten. Und diese waren wahrlich schon herzlich gering. In der Tat.

Nach den Veröffentlichungen des Arbeitsministers betrug der jährliche Durchschnittslohn der Handwerker etwa 800 Franken. Der durchschnittliche Tagelohn der Handwerker war etwas höher. Für die Gesamtheit der Departements betrug er bei den Schriftsetzern 4,06, Gerbern 3,35, Schuhmachern 3,24, Kleidermachern 3,73, Möbelschreibern 3,99, Zimmerleuten 4,15, Kesselschmieden 4,46, Schmiedern 3,89, Kohlelegern 4,04, Schmiedern 4,20, Schlossern 3,82, Maurern 3,94, Pfisterern 3,14, Dachdeckern 4,15, Baumalern 3,91, Gläsern 3,78, bei den Tagelöhnern 2,67 Franken. Die Bezahlung der niedrigen Staats- und Gemeindegestellten bewegt sich eher noch unter den Lohnsätzen der Arbeiter der Privatindustrie.

Wie diese Zahlen bezeugen, war, wie gesagt, die wirtschaftliche Lage der französischen Arbeiterschaft schon vor dem Kriege recht verbesserungsbedürftig. Sie günstiger zu gestalten, wird nach dem Kriege noch viel schwieriger sein, nachgerade unumgänglich werden, wenn dem Unternehmertum die Kulininfuhr im großen gelingt.

Nun ist freilich die Ausföhrung eines Planes von der Art und Größe, wie es die Einfuhr von Tausenden von Negern und Chinesen

darstellt, ohne die Mitwirkung der Regierung nicht gut denkbar. Uebrigens fällt es den Unternehmern und ihren schreibenden Gehilfen auch gar nicht ein, den Plan ohne Staatshilfe, also auf eigene Gefahr und Kosten auszuführen. „Sie erröten nicht, beim Arbeitsministerium zu beantragen, 50 000 Chinesen für 100 Franken den Kopf und 50 v. H. ihrer Löhne zu beschaffen“, sagt Genosse A. Duquet in der Humanité.

Sie erröten nicht! Warum sollten Leute von solchem Schlage, gewöhnliche Menschenhändler, das tun? Vielleicht wegen dem Preisangebot? Oder weil sie sich erdreisteten, einem sozialistischen Arbeitsminister ein derartiges Begehren zu stellen? Wenn so, dann will uns schier bedünken, daß die Reihe des Errötens weniger an ihnen als an dem gewesen wäre, dem sie einen solchen Menschenhandel glaubten vorschlagen zu dürfen.

Daß die Kreise, die sonst nicht genug über die Einmischung der Regierung in das Verhältnis mit ihren Arbeitern wettern können, nun das Ministerium für den Plan der Arbeiterbeschaffung, für die Anwerbung von Negern und Chinesen, zu gewinnen trachten, hat seine wohlverwogenen Gründe. Sie mögen sich sagen: Fördert die Regierung mittelbar oder unmittelbar die Herbeischaffung von Kulis, dann ist sie auch für die daraus entstehenden Folgen verantwortlich und wird sich hüten müssen, gefehliche Maßnahmen gegen die unausschließlichen Nachteile der Kuliarbeit für zahlreiche Schichten des französischen Volkes zu treffen; und beteiligt sich gar der sozialistische Arbeitsminister an diesem Menschenhandel, dann ist dessen Partei gerichtet und die Wut der Arbeiterschaft läßt sich leicht auf diese ableiten.

Die Beweggründe der Steller des Antrages an das Arbeitsministerium sind demnach durchsichtig, daß sie leicht zu erkennen sind. Was jedoch der Erklärung noch dringend bedarf, ist, wie sich der sozialistische Arbeitsminister Sembat zu dem Verlangen stellt. Soll könnte es scheinen, er habe es schon erfüllt. Denn Genosse A. Duquet sagt in der Humanité vom 23. April: „Wir befürchten, das Arbeitsministerium ist der Bande schon zu weit entgegengeronnen.“ Mehr oder deutlicher über diese Sache zu reden, mag ihm die Erinnerung an die scharfe Sähere der Zensur nicht geboten erschienen haben. Ob Genosse Duquet mit dem Entgegenkommen des Arbeitsministeriums die Förderung der chinesisch-französischen Schule oder die der Anwerbung der (demnächst zu erwartenden) ersten Kulischer meint, oder ob er sagen will, daß es auch schon den Antrag auf Werbung der 50 000 Chinesen auf Staatskosten zugestimmt habe, läßt sich vorherhand nicht bestimmen. Bis zum Beweis des Gegenteils wird man annehmen müssen, der sozialistische Arbeitsminister habe sich dem Antrage widersetzt. Denn ohne sichern Grund mag und darf man als Sozialist und Gewerkschafter nicht annehmen, die größte Schwierigkeit, die der Arbeiterorganisation nach dem Kriege besichert werden kann, sei von sozialistischen Ministerhänden ermöglicht, gefördert, geschaffen worden.

F. R.

### Berufskrankheiten der Elektrotechniker

Raum ein Beruf bleibt auf die Dauer unverschont von Gesundheits-schädigungen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf die Arbeitsweise und die durch sie bedingten Umstände zurückführen lassen. Im Gegensatz zum Betriebsunfall ist für die Beurteilung der Berufs-krankheit der Zeitraum maßgebend, währenddessen die dem Beruf eigentümlichen Schädigungen auf den Menschen einwirkten. Obwohl durch Einführung der Elektrizität die gesundheitlichen Verhältnisse in der Industrie, in Bergwerken, im Verkehr usw. wesentlich gefördert worden sind, hat doch die mannigfache Ausdehnung dieser Kraft der Menschheit eine ganze Reihe von neuen und eigenartigen Berufskrankheiten besichert. Jedoch gibt weder die Zahl noch der Verlauf dieser Erkrankungen begründeten Anlaß, den Beruf des Elektrotechnikers als besonders gefährlich oder gar ungesund hinzustellen. Alle unvorhergesehenen elektrischen Unfälle, die sich überall, wo Elektrizität zur Anwendung kommt, ereignen können, scheiden hier aus, denn sie können jeden treffen und haben mit dem im Beruf des Elektrotechnikers begründeten Krankheitserscheinungen nichts zu tun. In der Regel sind solche Unfälle auf Unvorsichtigkeit, vorsatzwidrige Behandlung, Leichtsinns oder unglücklichen Zufall zurückzuführen.

Bei Elektrotechnikern im besondern hat man nicht selten die Beobachtung gemacht, daß sie bei längerem Arbeiten an Schalttafeln oder in Versuchsräumen, in denen Hochspannungsprüfungen vorgenommen werden, an Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit und Verdauungsstörungen leiden. Auf die anhaltende Beobachtungstätigkeit und die mit jeder Fehlgriiff verbundene Lebensgefahr sind Herzkrankheiten und Nervenüberreizungen zurückzuführen. Als wirksame Gegenmittel werden Bewegungen in frischer Luft, nahrhafte Kost und häufigere Arbeitspausen empfohlen. Auch der kraffe Temperaturunterschied beim unvermittelten Austritt aus den überheizten Maschinenräumen in die kalte Außenluft gibt bei Maschinenwärtern oft Veranlassung zu Erkrankungen der Atmungsorgane, zu Muskelrheumatismus und Augenentzündungen. Elektrotechniker, die an elektrischen Schweißapparaten arbeiten oder mit der Prüfung von Bogenlampen beschäftigt sind, empfinden unangenehm und schmerzhaft den von dem hellstrahlenden elektrischen Lichtbogen ausgehenden Augenreiz, der leicht einen Bindehautkatarrh oder eine Lidrandentzündung hervorrufen kann. Die Blendung durch den ungekühlten Lichtbogen kann bei längerer Dauer sogar zur Entzündung der Hornhaut und Regenbogenhaut führen; die Linse wird trübe und erkrankt mit der Zeit am grauen Star. In der Glasröhrenfertigung können stöckige Trübungen entstehen, und die Reghaut fällt an ihren lichtempfindlichsten Stellen dem Schwunde anheim. Diese Erkrankungen werden besonders durch die unsichtbaren, aber chemisch wirksamen ultravioletten Strahlen verursacht.

Wenn man das Licht unserer elektrischen Lampen, Bogenlampen und Glühlampen, mit dem Quarzspektrophotographen zerlegt und auf den Reichum an ultravioletten Strahlen untersucht, so wird man finden, daß die künstlichen Lichtquellen mit wachsender Lichtstärke und mit wachsender Temperatur immer reicher an ultravioletten Strahlen geworden sind. Jedermann fühlt, daß ihm das künstliche Licht gleichsam auf die Augen drückt, wenn er bei seinem Schein dauernd arbeiten muß. Man hat daher versucht, die unsichtbaren ultravioletten Strahlen, die für den eigentlichen Sehakt nicht gebraucht werden, vom Auge fernzuhalten. Gemöhnliche Lampen und Brillengläser verschließen diese Strahlen nicht man verwendet

dabei die durch geringe Mengen von Chromoxyd grünlichgelb gefärbten Euphosphor zum Augenschutz. Die gefährlichen ultravioletten Strahlen haben eine Wellenlänge von 0,0003 bis 0,0004 mm, sie werden von dem Euphosphor nicht durchgelassen, sondern verschluckt, während das sichtbare Licht nur ganz geringfügig bis höchstens 5 v. H. geschwächt wird. Auch rauchschwarze Gläser, durch Beimischung von Braunstein und Nidel gewonnen, leisten gute Dienste. Für elektrische Schweißarbeiten hat man besondere Schutzbrillen hergestellt, bei denen die obere Hälfte des Glases weiß, die untere geschwärzt ist; sie bieten den Vorzug, daß der aufschauende Arbeiter einen freien Blick genießt. Nicht allein die Lichtstrahlen, sondern auch die Wärmestraahlen, die vom Lichtbogen ausgehen, bringen tiefe Schädigungen des Auges zustande. Keilseilheizer, Schweißarbeiter, Wogenlampenprüfer sind, solchen Schädigungen ausgesetzt und erkranken daher leicht am grauen Star und an Glaskörpertrübungen.

Die Gefahren der elektrischen Lichtbehandlung mit Quarzlampen oder Finnenapparaten sind den Ärzten schon seit Jahren bekannt. Die durch die unmittelbare Bestrahlung hervorgerufene Augenentzündung ist äußerst schmerzhaft und heimtückisch, denn sie macht sich nicht sofort, sondern erst einige Stunden später bemerkbar. Wer mit Finnenlicht (hochwertige Wogenlampen), Quecksilberdampflicht oder Quarzlampen und Dermolampen (Eisenlicht) zu tun hat, muß seine Augen durch Schutzbrillen mit großen Wuschelgläsern, welche die Augen von allen Seiten bedecken, schützen. Patient, Arzt und Laborant sind bei der Lichtbehandlung dem an ultravioletten Strahlen reichen Wogenlicht in gleicher Weise ausgesetzt.

Bei elektrischen Schweißarbeiten leiden nächst den Augen auch alle ungeschützten Körperteile, wie Gesicht und Hände, sehr unter der starken Hitze in Verbindung mit den gefährlichen Lichtstrahlen. Die Haut nimmt nach einiger Zeit die Färbung von roter Bronze an, und man empfindet stundenlang einen schmerzhaften Juckreiz. Besondere Vorsicht ist bei der Schmelzung von Kupferabfällen in Elektrotafeln zu beobachten. Das in unmittelbarer Nähe der Elektroden befindliche Kupfer wird in Dampf verunreinigt, der wie Gift auf die Atmungsorgane wirkt. Die Arbeiter werden bei ungenügenden Vorkehrungsmaßnahmen von starkem Unwohlsein befallen, das erst nach einigen Tagen aufhört.

Die heftige Wirkung der Röntgenstrahlen auf frische Gewebe und bösartige Geschwülste führt in der Regel zur erfolgreichen Bekämpfung von vielen Krankheiten. Aber umgekehrt können dieselben Strahlen an gesunden Geweben und Organen auch sehr schlimme schädliche Wirkungen erzeugen, besonders wenn die Bestrahlungen zu lange und zu häufig vorgenommen werden. Mit dem Namen Röntgen-dermatitis bezeichnet man die gesundheits-schädlichen Wirkungen der Röntgenstrahlen, die bei einmaliger sehr starker oder bei häufigen langandauernden Bestrahlungen auftreten. Die Röntgen-dermatitis äußert sich in Juckreiz, Haarausfall, Braunfärbung der Haut und Schuppung der Epidermis; bei schweren Fällen in Wabenbildung auf der Haut, eitrigen Geschwüren und dauernder Pigmentveränderung. Wird diesen Erscheinungen nicht genügend Beachtung geschenkt und mit der Bestrahlung fortgefahren, so können die Geschwüre freibständig entarten und nach einer Reihe von Jahren sogar zum Tode führen. In der ersten Zeit, als noch wenig Erfahrungen über die Wirkung der Röntgenstrahlen als Heilmittel vorlagen, konnte man noch kein richtiges Maß für die Dosierung und auch noch nicht die Folgewirkungen der längeren Bestrahlung. Bis zum Jahre 1912 sind in der ärztlichen Fachliteratur 54 Fälle von schweren Röntgenkrankheiten mit Sicherheit festgestellt worden; davon betrafen 24 Ärzte, 26 Röntgenmechaniker und nur 4 Patienten. Daraus geht hervor, daß es nur auf die Dauer der Strahleneinwirkung ankommt, die beim Arzt und Techniker natürlich sehr häufig und lang erfolgt.

Bei der Herstellung von stationären Akkumulatoren kann das Blei als Elektrodenmaterial kaum entbehrt werden, und die Arbeiter in Akkumulatorenfabriken sind daher den Bleigeschichten sehr stark ausgesetzt. Die Zahl dieser Arbeiter wird auf etwa 1500 in Deutschland geschätzt. Das Eindringen des giftigen Bleies in den menschlichen Organismus erfolgt durch die Verdauungswege, die Atmungsorgane oder durch die Haut. Für die Wirksamkeit des Giftes spielt die persönliche Empfindlichkeit des Arbeiters eine wesentliche Rolle. Die Bleivergiftung äußert sich in chronischen Entzündungen der Nieren- und Magenblinde, außerdem in auffälligen Störungen auf das Nervensystem. Schwere Bleivergiftungen verursachen Nervenlähmung und Lähmungsercheinungen. Bei Herstellung der Bleiplatten für Akkumulatoren wird vorher die Handarbeit, soweit durchführbar, durch Maschinenarbeit ersetzt, bleihaltiger Staub, Rauch oder Dampf wird schon an der Entstehungsstelle abgefangen. Nächst den technischen Maßnahmen vorbeugender Natur sind Reinlichkeit und gute Ernährung des Arbeiters, gut gelüftete Arbeitsräume und dicht schließende Arbeitskleidung die besten Schutzmittel gegen Bleivergiftung.

Als "Telegraphistenkrankheit" bezeichnet man den Nervenkrampf, der sich oft bei den mit dem Morseapparat beschäftigten Beamten einzustellen pflegt. Die Angehörigen dieser Berufsbranche sind in den ersten Stadien Finger- und Armtkrampf, vor dem auch die Abwechslung der linken mit der rechten Hand beim Gebrauch der Morseklappe nicht schützt. Bei nervenschwachen Telegraphisten macht sich mit der Zeit eine Erkrankung des Zentralnervensystems und ein Nachlassen des Gedächtnisses bemerkbar, so daß der Kranke das Morsealphabet nicht mehr beherrscht und zum Dienst unfähig ist. Nach der Statistik des internationalen Post- und Telegraphenbeamtenverbandes sollen in den letzten Jahren mehr als 5 v. H. aller Telegraphisten von dieser Krankheit befallen worden sein. Nicht viel besser sind die Elektrotechniker daran, die an Bord von Schiffen

die empfindlichen Funkenentelegraphenapparate bedienen. Sie leiden in der Regel an Migräne, Kopfschmerzen und Nervenüberreizung. Die Ursachen dieser Beschwerden, die man unter dem Namen "Radiotelegraphistenkrankheit" zusammenfaßt, lassen sich unschwer auf die wenig hygienischen Lebensbedingungen zurückführen, unter denen die Leute in den engen, mit Ozon erfüllten Funkertabellen arbeiten müssen.

Obwohl die Arbeitsbedingungen in den Fernsprechkabinen der Reichspost ungleich günstiger liegen, haben die hier beschäftigten Damen vielfach unter Gesundheitsstörungen zu leiden, die besonders das Nervensystem und das Gehör betreffen. Bei angestrengtem Dienst werden drei Sinne in Anspruch genommen: Sehen, Hören und Sprechen. Dazu kommen noch die notwendige Anspannung, Genauigkeit und der Umstand, daß infolge mehrerer gleichzeitiger Anrufe die Aufmerksamkeit nach verschiedenen Seiten gelenkt wird. Eine weitere Erschöpfung des Dienstes ist durch den auf Kopf und Brust ausgeübten Druck der Hör- und Sprechapparatur bedingt. Wer zur Gleichgültigkeit neigt, ist für den Fernsprekdienst nicht geeignet, der nur Personen von ruhiger, gleichmäßiger Gemütsverfassung und gesunden Nerven erfordert. Wie wohl allgemein bekannt, wirkt der Fernsprecher auf leicht erregbare und überreizte Personen wie Nervengift und erzeugt die sogenannte "Telephonnerbofität"; doch sollte man diese nicht auf Rechnung des Apparates oder der Fernsprecherbeamten setzen. Die Apparate des älteren Systems, bei denen der Anruf durch Drehen einer Kurbel erfolgt, bilden für das Fernsprecherpersonal eine ständige Gefahr, denn ungebildete Teilnehmer suchen durch wiederholte rasche Kurbelumdrehungen ihrem Neger Luft zu machen. Die hierdurch entstehenden heftigen Knallgeräusche wirken schädigend auf Gehör und Nerven der Beamten. Schlimmer noch sind die Folgen, die beim Auftreten von Ueber- spannungen in Fernsprekleitungen für das Betriebspersonal entstehen können. Die hierbei im Fernhörer vernehmbaren knackernden und knarrenden Geräusche führen bei manchen Menschen zu Ohnmachten und dauernden Gehörleiden. Vom Reichsgericht ist kürzlich entschieden worden, daß es nicht als Berufskrankheit, sondern als Betriebsunfall anzusehen ist, wenn jemand durch Knattergeräusche und ähnliche Schallwirkungen bei Benutzung des Fernsprechers nervöse Störungen erleidet, selbst wenn eine äußerlich sichtbare Körperverletzung nicht erfolgt ist. Zur Verminderung der schädlichen Folgen, die beim Auftreten von Ueberspannungen im Fernsprechnetz für das Personal entstehen können, wird eine besondere Schaltung der Apparate angewandt, wobei alle nicht zum Stromkreis gehörenden Metallteile des Fernhörers (Polschube) der Hörerwindung, Metallgehäuse, Membrane) geerdet werden.

Ueberblickt man alle bisher beobachteten Berufserkrankungen der in elektrischen Betrieben ständig beschäftigten Personen, so darf man die Tätigkeit des Elektrotechnikers im Vergleich zu anderen Erwerbsgruppen als einen gesunden Beruf bezeichnen. Freilich ist die Berührung und Handhabung von Leitungen und Apparaten, die unter Hochspannung stehen, mit Gefahren verknüpft, aber an und für sich ist die vorzugsfähige Behandlung elektrischer Einrichtungen nicht gesundheits-schädlich. Mit der Vervollkommenheit der Sicherheitsvorrichtungen und Ausgestaltung der Schutzapparate werden die elektrischen Unfälle immer mehr eingebremst, so daß auch die im Laufe besonderer Gefährlichkeit stehende Elektrizität ihre Schrecken verliert.

### Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Einem allgemeinen Wunsche entsprechend bringen wir nachstehend einen Bericht über die erwähnenswerten Verhandlungsgegenstände im Berliner Kriegsausschuß. Seine Sitzungen finden wöchentlich statt, nach Möglichkeit werden wir von nun an laufend berichten.

Sitzung am 1. Mai 1916.

Von der Eisengießerei H. kommt die Maschinenformner R. und Sp. Diese fordern den Kriegsausschuß, weil sie bei einer neuen Arbeit nicht zu dem von ihnen bisher verdienten wöchentlichen Durchschnittslohn kommen. Der Vertreter der Firma erklärt, daß die gleiche Arbeit an gleichen Maschinen von anderen Maschinenformnern auch gemacht wird und hierbei der durchschnittliche Wochenverdienst, der bei den Maschinenformnern üblich ist, durchaus erreicht wird. Da sich herausstellt, daß vor der Sitzung des Kriegsausschusses keinerlei Verständigung zwischen den Formnern und der Betriebsleitung versucht worden ist, wird beschlossen, die Sache zurückzuziehen, damit eine Verständigung im Betrieb versucht werden kann. Der Vertreter der Firma erklärt, daß er selbstverständlich bei der neuen Arbeit den Formnern nicht etwa schlechteren Verdienst zumommen lassen würde als sie bisher erreicht haben. Sollte trotzdem im Betrieb keine Verständigung erfolgen, wird die Sache dem Kriegsausschuß wieder beschickt.

Der Werkzeugmacher B. der bei der Firma A. in Lichtenberg beschäftigt ist, hat erst vor kurzem bei der Firma ausgeliefert und bekommt einen Stundenlohn von 84 S. B. will mehr verdienen oder den Kriegsausschuß. Es wird der Firma aufgegeben, nachdem die Berechtigung eines höheren Verdienstes vom Kriegsausschuß anerkannt wird, sich über einen höheren Verdienst mit dem Werkzeugmacher zu verständigen. Gelingt das nicht, soll die Firma dem Werkzeugmacher den Kriegsausschuß ausstellen.

Der Schlosser S. hat im Kabelwerk der Firma E. S. eine Arbeit angenommen, die eigentlich keine Schlosserarbeit ist. Hierbei wurde ihm ein Verdienst von 90 S die Stunde gezahlt. Da er sich

für diese Arbeit seiner Meinung nach nicht sehr eignet und als Schlosser andere, besser bezahlte Arbeit erhalten kann, wird ihm der Kriegsausschuß ausgestellt.

Der Dreher W. bei der Firma G. ist seit kurzem von auswärts hierher gekommen, kommt aber mit den Anforderungen, die bei der Firma G. gestellt werden, nicht aus, trotzdem andere dabei den jezt im allgemeinen üblichen Verdienst erreichen. Die Firma zahlt an W., bis er sich eingearbeitet hat, einen Lohn von 84 S die Stunde. W. ist 18 Jahre alt. Die Ausstellung eines Kriegsausschusses hielt der Ausschuß für nicht erforderlich.

Bei der Firma C. ist der Schlosser Sp. beschäftigt zu einem Stundenlohn von 1,10 M. Sp. münchlich Zulage oder den Kriegsausschuß. Sp. hat vor kurzem Zulage erhalten. Die Firma erklärt, daß sie bereit sei, dem Mann, wenn er mit seinen Leistungen anderen einigermassen gleichkommt, mehr zu zahlen. Es wird dem Schlosser Sp. aufgegeben, es noch einige Wochen zu versuchen, wenn er dann keine Zulage erhält, soll er nochmals vor den Kriegsausschuß kommen.

Der Maschinenarbeiter F. bei der Firma B. behauptet, er sei krank und könne deshalb die Arbeit bei der Firma B. nicht machen, er bemerkt aber, daß er sich für genügend kräftig hält, sie bei einer anderen Firma zu leisten. Von der Firma wird dem F. angeboten die ihm leicht genug erscheinende Arbeit im Betrieb auszuführen um ihn in seiner Gesundheit nicht zu schädigen. Weiter wird ihm angeboten, falls er wirklich krank sei, und sich arbeitsunfähig fühle ein ärztliches Attest hierfür beizubringen, dessen Kosten nicht von ihm getragen zu werden brauchten. Sollte ein solches Attest beigebracht werden, erhält er natürlich sofort den Kriegsausschuß.

Der Arbeiter K., der in einem der Spandauer Staatsbetriebe beschäftigt ist, will bei der Arbeitsaufnahme nicht gehört haben, daß ihm mitgeteilt wurde, was es Lohn gibt. Als er später hörte, wie hoch der Lohn ist, war er damit nicht zufrieden und wünschte seinen Kriegsausschuß. Nach einigen weiteren Bemerkungen erklärte der Vertreter des Betriebes, dem Arbeiter K. den Schein auszustellen.

Der Schlosser S. bei der Firma S. will aufhören und verlangt den Kriegsausschuß, weil er nicht genug verdient. Auch paßt es ihm nicht, daß das Kolonnensystem, das in diesem Betrieb herrscht, nicht so geregelt ist, daß jeder einzelne Arbeiter nachprüfen kann, ob ihm auch der ihm zustehende Verdienst wird. Durch die Auseinandersetzung wird festgestellt, daß der Arbeiter mit seiner Beschwerde im Recht ist; er erhält den Schein. Der Firma wird empfohlen, den vorgetragenen Beschwerden über das Kolonnensystem Rechnung zu tragen, da sonst eben auch andere Arbeiter mit derselben Berechtigung den Schein bekommen müßten.

Der Dreher D. bei der Firma C. will aufhören, nachdem er vor kurzem ausgeliefert hat. Sein Verdienst beträgt 80 S die Stunde. D. ist 17 Jahre alt. Er wünscht aller 14 Tage Zulage um je 2 1/2 S, bis er 1 M Lohn erreicht hat. Da D. der einzige Dreher im Betrieb ist, also alle Dreherarbeiten machen muß, wird dieses Verlangen als berechtigt anerkannt; die Firma verpflichtet sich, so zu verfahren. Damit war die Sache erledigt.

Der Mechaniker B. bei der Firma B. ist bei der Motorarbeit nicht zurechtgekommen und meint, es läge an den schlechten Preisen. Da hierüber in der Sitzung keine genauen Feststellungen gemacht werden konnten, sollte die Sache vertagt werden, doch erklärte sich die Firma bereit, dem Mechaniker den Schein auszustellen. Damit war die Sache erledigt.

Bei der Firma M., C. & Co. erhält der Schlosser W., der 18 Jahre alt ist, einen Lohn von 80 S die Stunde. W. will einen höheren Lohn haben. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß W. erst vier Tage dort beschäftigt ist und im Gesamtbetrieb der Lohn für Schlosser nur wenig höher ist, wird die Ausstellung eines Kriegsausschusses abgelehnt, da nach Meinung des Kriegsausschusses hier eine allgemeine Verbesserung notwendig ist, denn sonst würden die Schlosser alle einzeln kommen und mit derselben Berechtigung wie W. ihren Schein fordern.

Bei der Firma J. hat der Schmied Sch. gearbeitet und aufgehört, weil ihm die Firma einen Vorschub, den er für seine Mietezahlung brauchte, nicht geben wollte; trotzdem er einen Wochenlohn zur Verrechnung stehen hatte. Als der Schmied von der Beschwerdestelle wieder zur Arbeit bis zur Erledigung seiner Angelegenheit vor dem Kriegsausschuß zurückgeschickt wurde, hat man ihm eine Arbeit gegeben, bei der er 10 S weniger verdient als vorher. Der Kriegsausschuß stellt sich auf den Standpunkt, daß man in der Lage, in der sich der Schmied befand, ihm wohl hätte einen Vorschub geben können. Der Vertreter der Firma verspricht auch, sich hierüber mit dem Schmied zu verständigen. Als durchaus unzulässig bezeichnet es der Kriegsausschuß, daß die Firma nach der Rückkehr von der Beschwerdestelle dem Schmied 10 S weniger Verdienst zumommen ließ. Es wird der Firma aufgegeben, das sofort zu ändern, denn die Entziehung einer Beschwerde dürfe nicht dazu führen, daß dem Arbeiter ein niedrigerer Verdienst wird. Die Firma sagt die genaue Erledigung dieser Angelegenheit zu und damit war die Ausstellung eines Kriegsausschusses überflüssig.

Der Werkzeugmacher R. von derselben Firma hat einen Stundenverdienst von 80 S. Die Firma ist der Meinung, daß es sich um einen sehr jungen Arbeiter handelt, dies genug sei. Es wird der Firma empfohlen, dem Mann zunächst sofort 15 S die Stunde mehr zu zahlen, und falls die Firma das nicht gleich tun zu können glaubt, dem Arbeiter den Kriegsausschuß auszustellen.

Der Dreher Sch. ist bei der Firma R. beschäftigt und hat einen Lohn von 1 M die Stunde. Das Verlangen nach mehr Lohn oder Kriegsausschuß wird als berechtigt anerkannt und es erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage, daß der Lohn sofort um 10 S erhöht wird und in längstens 3 Wochen um weitere 10 S. Sollte die

### Technische Rundschau

#### Neue Patente auf dem Gebiet der mechanischen Metallbearbeitung.

Man hat bewegliche Bohrmaschinen vielfach mit Nadelgetrieben ausgebaut, die das Einstellen der verschiedenen Geschwindigkeiten zulassen. Bei den bekannten Maschinen dieser Art geht die Bohrspindelgeschwindigkeit aber nicht über die für den größten Bohrdurchmesser zulässige hinaus. Dem es kann sonst vorkommen, daß der Arbeiter eine zu hohe Geschwindigkeit einstellt, wodurch die Werkzeuge verderben. Das soll nun bei einem "Bohrspindeltrieb für bewegliche Bohrmaschinen" (289 336, Französischer Maschinenbau-Verein in Frankfurt a. M.) umgewandelt gemacht werden. Zu diesem Zweck ist die Bohrspindel mit dem abtönenden Kamm versehen, der dem größten Bohrdurchmesser entspricht. Auf der Spindel sind dann die Nadeln für die verschiedenen Betriebsgeschwindigkeiten angeordnet, die mit der Bohrspindel durch Keile getrieben werden können, welche letztere durch Federn nach dem Innern der Bohrspindel gedrückt werden. Diese Keile sind nun so angeordnet, daß beim Einsetzen eines Bohrers, der den größten Kamm besitzt, nur die Keile nach außen gedrückt werden, die für die Einstellung der Nadeln für die geringeren Geschwindigkeiten dienen. Die Spindel dreht sich also mit der geringsten Geschwindigkeit. Soll nun ein kleiner Bohrer benutzt werden, der mit dem nächstkleinsten Kamm versehen ist, so wird er, wie alle anderen, mit einer gewissen Geschwindigkeit in den Kamm der Spindel gedrückt, und diese Hilfe ist so angeordnet, daß sie nur die Keile für die nächsthöhere Geschwindigkeit nach außen drückt. Es dreht sich also die Spindel mit der nächsthöheren Geschwindigkeit.

Eine andere Erfindung bezieht sich auf eine Vorrichtung zum Staubbeseitigen von Maschinen, bei der die Jahre nacheinander in das Metall einzuweisen und in ihrer Höhe und Breite veränderbar sind, um die Größe der Späne zu verringern, und dadurch die Säugerarbeiten zu erleichtern. Bei den üblichen Vorrichtungen dieser Art sind nun bestimmte Reihen von Schneidwerkzeugen demart angeordnet, die die Schneidfläche eine Dreiecksform bilden, und daß sie höher liegen als die rechteckigen Jahre. Diese Anordnung hat aber den Nachteil, daß die von den Schneidwerkzeugen abgeworfenen Sägen sehr nachteilig sind, so daß auch die Beanspruchung des Sägeblattes eine unzulässige wird, wobei eine ungenügende Schneidwirkung eintritt. Ferner kann man bei dieser bekannten Anordnung die Schärfe der Sägen nicht mit einer genügenden Sicherheit vor-

nehmen, weil diese den dreieckigen Teil der Schneidfläche zerstören würde. Diesem Nachteil will eine "Kastäge mit einem Zahntrieb vom Vogenzahn" (289 013, H. Kocour in Württemberg) begegnen. Das Neue besteht darin, daß der Sägenzahn aus mehreren aufeinander folgenden Vogenzähnen zusammengesetzt ist, deren Zahnprofile einander ähneln sind. Die Höhe der auf denselben Vogenzahn befindlichen Zähne bleibt sich dabei gleich. Jedes folgende Vogenzahn zeigt jedoch gegenüber dem vorangehenden eine Verringerung der Zahnhöhe, bis zu einer Verzögerung der Zahnzeit. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Sägearbeit, die die einzelnen Vogenzähne zu leisten haben, genau oder doch annähernd gleich wird. Während nämlich ein vorzugesetztes Vogenzahn verhältnismäßig schnelle Fortschritte in größerer Tiefe ausführt, nimmt das folgende Stück eine entsprechende Stellung ein in der Tiefe heraus.

Erwähnt sei ferner eine "Zahnradkette" mit geschlossenem "Gebälge" (289 035, G. André in Frankreich), bei der die Waden verjüngter Kreise verwendet werden können. Das Kennzeichnende ist dabei folgendes: Es ist die eine Seite des Kluppengebälges nach Art eines Zahnzuges mit Zähnen versehen, mit denen ein kleines Zahnradkettchen in Eingriff tritt. Dieses befindet sich an einem auf der gegenüberliegenden Seite befindlichen Schieber, der mit seiner unteren Fläche auf eine im Kluppengebälge angebrachte Gleitfläche zu sich verjüngter gebaute Zahnführung einwirkt und sie als feste Führung gegen die Schneidfläche der Kluppenkette. Um die erforderliche Verstellung der seitlichen Schneidkanten zu bewerkstelligen, ist ihre Oberseite höhenveränderbar ausgebildet, und gegen sie legt sich die Unterseite des Schiebers.

Es ist ferner bekannt, Wege aus Eisen, Stahl und anderen Eisenlegierungen mit Hilfe des elektrischen Widerstandschockverfahrens zu verbinden, um dadurch Klebverbindungen aller Art herzustellen. Diese werden sich ja vor anderen Verbindungen oder Geflechungen oder besonderen Füge- oder Verbindeverfahren auszeichnen dadurch, daß sie eine größere Festigkeit und eine verhältnismäßig glatte Oberfläche besitzen. Auch ist die Art ihrer Herstellung ziemlich einfach und sie verursacht wenig Kosten. Bei diesem Verfahren wird nun die Schweißung in der Weise ausgeführt, daß die zu verbindenden Teile aus dünnen Blechblech mit ihren Rändern mehr oder weniger übereinandergelegt werden, daß man dann diese überlappenden Stellen einer Druck legt, und daß schließlich der zur Erzeugung der Schweißtemperatur erforderliche Strom durchgeleitet wird. Man hat sich jedoch vergeblich bemüht, auch Wege nach diesem Verfahren zu verbinden, die nicht dicker als 2 Millimeter sind, und die eine höhere Beanspruchungsfähigkeit haben als Eisen. Ein Verfahren zum

elektrischen Schweißen von Messing, Aluminium und Stoffen gleicher Wärmeleitfähigkeit" (288 946, Gesellschaft für elektrotechnische Industrie in Berlin), will diese Aufgabe lösen. Die Erfindung besteht darin, daß man senkrecht zur Hochoberfläche einen Elektrodenstrahl von höchstens 30 kg anwendet. Bei der Schweißung von Eisenblech von 0,5 mm Stärke ist zum Beispiel ein Schweißdruck von 75 kg üblich, während nach der Erfindung bei Messingblech gleicher Dicke nur 10 bis 15 kg eingesetzt werden.

Patentiert wurde weiter ein "Verfahren zur Herstellung von Hufeisenstäben mit Zehenlappen in einem Arbeitsgange" (288 208, Firma H. Schröder in Burg/Wupper), bei dem es sich um die von der Mitte aus nach beiden Enden hin verjüngten Stäbe handelt, wie sie zur Herstellung von Militärhufeisen gebraucht werden. Diese Art von Hufeisenstäben wurde bisher erst in ihrer wesentlichen Form fertiggestellt, worauf man dann in einem besonderen Arbeitsgange die Zehenlappen des Hufeisens durch Schmelzen erzeugte. Bei dem neuen Verfahren werden dagegen die Hufeisenstäbe aus Eisenstäben oder Eisenplatten von der nötigen Dicke ausgangstanzig oder ausgeschliffen, und es wird dabei die Zehenlappen dadurch gebildet, daß das Material aus einer flachen Vertiefung der Schnittplatte in eine ebensolche Vertiefung des Schnitttumpels gezogen wird.

Ein anderes Verfahren bezieht, die Ausarbeitung der Führungs- oder Kopflatten von Stanzblech zu vereinfachen und zu beschleunigen. Eingetragen wurde die Erfindung unter dem Titel: "Verfahren zur Herstellung der Kopf- und Führungsplatten von Stanzblech" (288 675, G. Schmitt in Mathenow). Nach dieser Art braucht nur die eigentliche Schnittplatte dem Stempel entsprechend mit der Hand ausgebohrt und gefeilt zu werden. Die Kopf- und Führungsplatten werden dagegen — da sie dem Stempel nur als Führung und zur genauen Anweisung der Bahn dienen sollen — in einfacherer Weise hergestellt. Und zwar geschieht das so, daß die in rohen Umrissen in der Kopf- und Führungsplatte vorgezeichneten Löcher durch Umgeben des in sie eingeführten Stempels mit leichtflüssiger Metalllegierung genau dem Profil des Stempels angepaßt werden.

Erwähnt sei ferner ein "Vor für mechanische Schmiedehämmer" (288 996, F. Schmidt & Co. in Düsseldorf), der besonders dort benutzt werden soll, wo es sich um einen festen Hammer handelt. Dieser Vor besteht aus zwei Teilen, die in der Schlagrichtung gegeneinander verdrehbar, oder gegenfeitig verdreht werden können, oder die beide Einstellungen gleichzeitig zulassen. Damit nun dieser Vor eine geeignete Festigkeit besitzt, greifen seine zwei Teile mit Schornbor- sprüngen und Ausparungen ineinander. Wenn diese Vorsprünge

Firma aus irgend einem Grunde diesen Lohn nicht zahlen können, steht nach der Meinung des Kriegsaussschusses dem Dreher der Kriegsschein zu.

Der Werkzeugmacher D. von der Firma Sch. erklärt, daß ihm der Kriegsschein vorenthalten wird, trotzdem er vom Betriebsleiter entlassen ist. Der Vertreter der Betriebsleitung befreit, daß eine glatte Entlassung vorliege. Im Verlaufe der weiteren Aussprache erfolgt eine Verständigung dahin, daß die Firma dem Werkzeugmacher den Kriegsschein ausstellt.

### Unser Verband in der 92. Kriegswoche

In nachstehender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 92. Kriegswoche dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Neustadt i. S., Schleiz, Stendal, Tangermünde, Uetersen, Dören, Gummersbach, Pleitenberg, Friedrichshafen, Lörrach, Neustadt a. d. S., Oberndorf, Zweibrücken und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 30. April bis 6. Mai 1916.

Bezirke	Verwaltungsstellen haben	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	Vom Heer zurück	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1.	36	5918	94	42	5824	30	0,5	57
2.	30	4869	93	43	4776	20	0,4	181
3.	32	7538	170	94	7413	35	0,5	158
4.	52	34744	529	327	34215	197	0,6	775
5.	80	28934	333	204	28601	80	0,3	421
6.	42	28375	239	94	28136	25	0,1	221
7.	34	23525	896	229	23129	32	0,1	200
8.	28	10212	242	180	9970	64	0,6	438
9.	46	16901	293	190	16608	776	4,7	2417
10.	89	19350	118	57	19232	488	2,5	2391
11.	1	51796	99	99	51697	498	1,0	2051
Zus.	420	232207	2606	1559	229601	2245	1,0	9310

\* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

In der Berichtswche fanden (außer Berlin) 1247 Aufnahmen statt, gegen 951 in der Vorwoche. 1559 Mitglieder wurden zum Heer eingezogen, gegen 1076 in der Vorwoche.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2245 oder 1,0 v. H., gegen 2274 oder ebenfalls 1,0 v. H. der Mitgliederzahl in der vorhergehenden Woche.

Krank waren 8652 oder 1,6 v. H. der Mitgliederzahl gemeldet, gegen 8751 oder ebenfalls 1,6 v. H. in der vorhergehenden Woche. Die bezahlte Krankenunterstützung betrug 12396 M.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 28. Mai der 23. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1916 fällig ist.

Beim Vorstand ist wiederholt angefragt worden, ob mit dem Inkrafttreten des neuen Statuts am 1. Januar 1916 die Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen in voller Höhe, wie im Statut festgesetzt ist, zur Auszahlung kommen soll.

Wir machen darauf aufmerksam, daß in Nr. 50 der Metallarbeiter-Zeitung vom 11. Dezember 1915 ausdrücklich vom Vorstand darauf hingewiesen wurde, daß Erwerbslosenunterstützung in Krankheitsfällen nur in dem Umfang ausbezahlt werden darf, wie der 12. ordentliche Verbandstag in Berlin beschloß.

Danach darf bis auf weiteres Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nur zur Hälfte der im Statut vorgesehenen Sätze und erst nach einer Karenzzeit von 14 Tagen ausbezahlt werden.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

### Berichte

#### Feilenhauer.

Stuttgart und Umgebung. Die hiesigen Feilenhauer haben sich veranlaßt, zum Ausgleich der Lebensmittelerhöhung einen Zuschlag von 20 v. H. zu den bisherigen Löhnen und Sätzen des Tarifs von den Geschäften zu verlangen. Einige Geschäfte hatten vorher schon aus freien Stücken eine Zulage gewährt. Die Notwendigkeit dieser Zulage konnte kein Geschäft bestritten, trotzdem konnte sich Herr Hofstein in Ludwigsburg nicht zu einem befriedigenden Einverständnis entschließen. Der seit mehreren Jahren dort beschäftigte Geselle stellte die Arbeit ein. Uebrigens ging es bei

geradlinig sind, so ermöglichen sie eine Verstellung des Sammers in der Schlagrichtung ohne eine Veränderung der Hubhöhe. Sind sie dagegen kreisbogenförmig, so kann ohne Veränderung des Wirkungsereiches und der Hubhöhe eine Verdrehung des Werkzeuges zum Ausschneiden kreisförmiger Werkstücke und dergleichen bewirkt werden. Sollen beide Verstellungen gleichzeitig möglich sein, so müssen die Schabvorprünge die Form von solchen Kreisbögen haben, die mit demselben Halbmesser um Punkte verschiedener Höhe geschlagen sind. Die Veränderung des Wirkungsbereiches wird alsdann dadurch erzielt, daß man die Vorprünge in höher oder tiefer gelegene Nuten des anderen Teiles eingraben läßt.

Eine „Dampfhammerfeuerung mit einem vor dem Dampfverteilungsorgan eingesetzten Dampfschlagorgan der Art, daß der Frischdampf den einzelnen Kolbenseiten in voneinander getrennten Räumen zugeführt wird“ (289 889, J. Banning, Aktiengesellschaft in Gannau) will für eine genauere Dampfverteilung bei den verschiedenen Gangarten des Hais aufkommen. Hier ist — um den Gedanken der Feuerung darzulegen — die Steuerung so ausgebildet, daß die Frischdampfzufuhr zur oberen Kolbenseite mit der Schlagstärke wächst, während die Frischdampfzufuhr zur unteren Kolbenseite bei der Ausübung von schwachen Schlägen schon ihr Höchstmaß erreicht, sodas mit wachsender Schlagstärke die Frischdampfzufuhr zur unteren Kolbenseite verringert wird. Dies wird durch die Ausbildung der Steuerungsorgane des Dampfschlagorgans herbeigeführt, daß bei Beginn der Leistungsabnahme das zur Erzielung schwacher Schläge notwendige Höchstmaß des Durchschlagsmittels für die untere Kolbenseite freigelegt wird, bei weiterer Leistungsabnahme aber zwecks starken Schlags der Durchschlagsmittels wieder verkleinert wird.

#### Starkelemente ohne Flüssigkeit.

In unserer technischen Rundschau in Nr. 18 berichteten wir von einer Erfindung des Dr. Just in Budapest, die geeignet sei, eine Umwälzung in der gesamten Elektrotechnik herbeizuführen. Wie begreifen schon gleich Zweifel daran, daß sich die Nachricht vollständig bewahrheiten werde. Nach weiteren Mitteilungen ist Dr. Just das Opfer eines Schwindlers geworden. Dieser brachte ihm ein Element, das scheinbar nur aus einer Kohlenplatte, einer Eisenplatte und Kohlenpulver bestand. Der Strom, den dieses „Element“ lieferte, kamte jedoch aus einer kleinen Trockenbatterie, die im Doppelboden des Kastens angebracht war.

Geiger & Sohn in Feuerbach, wo die Kollegen auch vorzogen, den Betrieb zu verlassen, die in Aussicht gestellte Zulage mit 10 v. H. genügt ihnen nicht. Rabler zeigte sich die Firma Bauer in Feuerbach, die sich mit 20 v. H. Zulage sofort einverstanden erklärte, ebenso die Firma Schmid in Cannstatt, wo schon vorher 10 v. H. Zulage gegeben wurde und jetzt weitere 5 v. H. der Rest soll später folgen. Eigentümlich berührt die Auffassung einiger Geschäfte, sie könnten der Rundschaft nicht zumuten, den Ausschlag am Lohn auch noch zu tragen. Bei sonstigen Preissteigerungen wird auch nicht gefragt, ob es möglich ist, sie durchzuführen. Warum gerade so zimperlich bei einem Ausschlag, der dem Arbeiter die Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit erhalten soll? Nachdem die Firma Hofstein in Ludwigsburg und Geiger in Feuerbach das Aufhören ihrer alten Arbeiter einer betriebigen Zulage vorzogen, mögen sie auch ihre Arbeit selbst fertigmachen. Jeder Feilenhauer meide diese Geschäfte.

### Metallarbeiter.

Hannau. Als die Arbeitslosigkeit, die durch den Krieg in einer nie geahnten Weise aufgetreten war, einigermaßen zu weichen begann, ja sich sogar ein Arbeitermangel fühlbar machte, aber sich auch zugleich eine unerhörte Teuerung einstellte, richtete unsere Ortsverwaltung an die Bezirksleitung das Ersuchen, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und eine Bewegung für eine Lohn-erhöhung in Erwägung zu ziehen. Der Wunsch wurde aber auch gleichzeitig von den Verwaltungsstellen Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Mainz usw. geäußert. Darauf richtete die Bezirksleitung nach einer Aussprache mit den in Betracht kommenden Verwaltungsstellen, und nachdem sich auch noch herausgestellt hatte, daß verschiedene Firmen die vor dem Kriege getroffenen Vereinbarungen, wie die Bezahlung der Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit nicht einhielten, an den Verband der Metallindustriellen ein Schreiben, worin auf die veränderten Verhältnisse hingewiesen und eine Besprechung als zweckdienlich erachtet wurde. Die gemeinsame Verhandlung fand am 8. April 1915 in Frankfurt statt; es nahmen daran teil vom Unternehmerverband die Herren Dr. Büchner, Geschäftsführer Weiß, Betriebsdirektor Paul (Frankfurt a. M.), Fabrikbesitzer Engelhardt (Offenbach), und Fabrikbesitzer Philipps (Wiesbaden). Als Vertreter der Arbeiter waren anwesend: Bezirksleiter Ehler, die Geschäftsführer Müller und Bernold (Frankfurt a. M.), Wiedmann (Offenbach), Stork (Darmstadt) und Hofmann (Hannau). Man einigte sich dahin, daß die Bezirksleitung noch einmal die Wünsche der Arbeiter schriftlich einreichen möge, der Unternehmerverband würde seinen Mitgliedern empfehlen, den Wünschen der Arbeiter soweit wie möglich entgegenzukommen. Am 9. April 1915 wurde das neue Schriftstück eingereicht, worin als Hauptpunkte angeführt wurden, daß die in Friedenszeiten getroffenen Vereinbarungen auch weiterhin die Grundlage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bilden und eingehalten werden sollten, ferner allen Arbeitern, die nicht in der Lage seien, ihren Verdienst durch Erhöhung der Akkorde wesentlich zu erhöhen, eine Lohn-erhöhung nach einer angegebenen Klasseneinteilung von 10 und 15 % die Stunde gewährt werden möge. Nach Verlauf von 8 Tagen hielten wir überall Betriebsversammlungen ab und zogen Erkundigungen darüber ein, inwieweit die Unternehmer den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen seien. Es stellte sich heraus, daß dies fast überall nur in ungenügender Maße geschehen war. — Die Firma Brauer ergründete 48 Personen eine Lohn-erhöhung von 2 % die Stunde, nach weiteren Verhandlungen nochmals eine Teuerungszulage von 10 v. H., später nochmals 5 v. H., zusammen einen wöchentlichen Mehrverdienst von durchschnittlich 5,30 M. Als gegen Ende des Jahres sich die Teuerung weiter steigerte, wurde nochmals eine Lohn-erhöhung von 10 v. H. verlangt. Nach längeren Verhandlungen, die erst zu Anfang dieses Jahres ihren Abschluß fanden, gewährte die Firma eine Lohn-erhöhung von 5 v. H. und eine Teuerungszulage von 5 v. H., oder eine abermalige Erhöhung von durchschnittlich 3,50 M. die Woche. Zusammen gewährte die Firma also außer der Lohn-erhöhung von 10 v. H. eine Teuerungszulage von 20 v. H. auf die erzielten Wochenverdienste einschließlich der Ueberstundenarbeit, was den 48 Kollegen je einen wöchentlichen Mehrverdienst von 8 bis 10 M. durchschnittlich einbringt. Außerdem erhielten die Monteure noch eine Aufbesserung der Montagegelter, und zwar in der Weise, daß bei kürzeren Montagearbeiten unter 8 Tagen eine Erhöhung von 3,75 auf 4,25 M. und bei längeren Arbeiten von 3,75 auf 4 M. eintreten soll. — Eine gut besuchte Betriebsversammlung der Marienhütte beschloß nach Anhörung des Berichtes über die Unterhandlung mit dem Metallindustriellen-Verband bei der Direktion eine Lohn-erhöhung von 10 v. H. zu verlangen. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, die Verhandlungen einzuleiten. Nach eingehender Aussprache einigte man sich dahin, daß der Lohnarbeitern eine Lohnzulage von 10 v. H. gewährt werden soll. Es erhielten demgemäß: 84 Hilfsarbeiter eine Lohn-erhöhung von 3 bis 5 % die Stunde, 16 Berufsarbeiter (Schlosser, Dreher usw.) 5 % die Stunde, 11 Wochenlohn- und Akkordarbeiter 3 bis 5 % die Woche. Zusammen erhielten 111 Arbeiter eine wöchentliche Lohn-erhöhung von durchschnittlich 3,50 M. — Die Bewegung bei der Dunlop Co. zerfällt in zwei Teile. Gleich nach der Konferenz in Frankfurt a. M. hatten wir eine Besprechung mit den Vertrauensleuten, die der Meinung waren, daß sie die Direktion vorerst selbst darum angehen wollten. Das Ergebnis war, daß die Direktion sich bereit erklärte, den Kollegen der mechanischen Werkstätte die Löhne um 5 v. H. zu erhöhen und eine Teuerungszulage von 5 v. H., und wenn die Teuerung weiter anhalte, nochmals 5 v. H. zu gewähren. Dies geschah auch. Es erhielten Zulagen, soweit die mechanische Abteilung in Betracht kam: 18 Personen die Stunde 2 bis 5 %, durchschnittlich 1,85 M. die Woche. Ferner eine Teuerungszulage auf die wöchentlichen Verdienste von 10 v. H., oder durchschnittlich 3,40 M. Daß die 5 v. H. dieser Teuerungszulage nicht jede Woche, sondern zusammen vierteljährlich ausbezahlt werden, ändert an dem Gesamtresultat nichts. Nachdem sich aber die Verhältnisse immer ungünstiger gestalteten, wurde die Frage aufs neue angeregt und beschloffen, diesmal die Forderung durch den Verband einreichen zu lassen. Die Direktion erklärte sich nach eingehender Aussprache bereit, eine abermalige Teuerungszulage von 10 v. H. zu gewähren, was eine weitere Erhöhung von durchschnittlich 3,75 M. die Woche bedeutete. Das Ergebnis des ganzen Vorgehens war, daß die 20 in Betracht kommenden Handwerker einen wöchentlichen Mehrverdienst von 9 M. erzielten. Außerdem erhielten auch die anderen Personen des Betriebes (200 männliche, 100 weibliche) eine Teuerungszulage von 10 v. H., oder durchschnittlich ein Mehr die Woche von mindestens 1,50 M. für die weiblichen, und 2,50 M. für die männlichen Beschäftigten. Allerdings sieht auch diese Lohn-erhöhung noch in keinem Verhältnis zu der allgemeinen Teuerung, aber was ist, das muß anerkannt werden. Die Direktion hatte sozialer Verhältnisse, daß sie den Anregungen der Organisation nicht ablehnend gegenübersteht. Freilich hat hier sowie in den anderen Betrieben auch die gute Organisation der Arbeiter nicht wenig zu diesen Erfolgen beigetragen. — Ziehen wir noch ferner in Betracht, daß durch unser Vorgehen und durch unsere Anregungen auch noch in einer Reihe anderer Betriebe Lohn- und Teuerungszulagen, unmittelbar und mittelbar erreicht wurden, so bei der Framag für die Hilfsarbeiter 5 % die Stunde, bei Lucht 2 bis 5 %, bei Fantow 3 bis 5 %, bei Pellissier 2 bis 3 %, bei Ohl 2 bis 5 %, in der Quarzlampefabrik 3 bis 5 %, in der Maschinenfabrik Wilhelm 2 bis 3 %, heraus für die Ledigen die Woche 1 M., Verheiratete 2 M., und für je ein Kind 30 S., so dürfen wir wohl mit Recht behaupten, daß in der ganzen hiesigen Metallindustrie durch unser Vorgehen Lohn- und Teuerungszulagen erreicht wurden. Die Zahl der in den genannten Betrieben Beschäftigten beträgt 857, die durchschnittlich 3 bis 9 M. die Woche mehr verdienen, außerdem 300 andere Arbeiter, die, wie bereits erwähnt, durch unser Vorgehen einen wöchentlichen Mehrverdienst von mindestens 1,50 bis 2,50 M. erzielten. Ferner wurde der Tarif der Diamantkleiber bei der Firma Wiesberg wieder auf die frühere Höhe gebracht, was ebenfalls 57 Arbeitern eine Verbesserung ihres wöchentlichen Verdienstes von durchschnittlich 5 bis 6 M. bedeutete. Auch ist es gelungen, den Gold- und Silberarbeitern die in einigen

Betrieben verweigerten Zuschläge für die Ueberstunden- und Sonntagsarbeiten, sowie die Lohnzuschläge zurückzuerobren, und jetzt erhalten durch unser Vorgehen sämtliche Gold- und Silberarbeiter und Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von 10 v. H. Im ganzen sind zurzeit in der genannten Industrie beschäftigt, 464 männliche und 181 weibliche, zusammen 645 Personen, ferner 182 Lehrlinge. Der wöchentliche Mehrverdienst dieser 645 Personen dürfte sich auf Grund der gemachten Aufzeichnungen mindestens 3 M. betragen. In einigen Betrieben haben auch die Lehrlinge diese Zulage erhalten. Das Gesamtresultat dürfte sein: 1859 Personen haben einen wöchentlichen Mehrverdienst von mindestens 3 M. durch unser Vorgehen errungen, oder im Jahr zusammen ein Mehr von 290 000 M. Leider steht, wie schon bereits angedeutet, dieser Mehrverdienst noch in gar keinem Verhältnis zu der fürchterlichen Teuerung, und es ist deshalb Pflicht unserer Kollegen und Kolleginnen, überall da, wo bis jetzt noch nichts oder nur ungenügendes geschehen ist, die nötigen Vorbedingungen zu schaffen, nämlich eine gute, geschlossene Organisation. Jeder muß es als seine Pflicht betrachten und es sich zur Ehre anrechnen, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Ohne Organisation kein Vorwärtskommen!

Leipzig. Zur Anmerkung der Schriftleitung zum Leipziger Bericht seien mir auch einige Worte gestattet. Die Schriftleitung setzt voraus, daß es mir lediglich darum ankomme, ihr etwas am Zeuge zu stehen. Würden die Kollegen von ihrem Tische aus etwas mehr die wirklichen Verhältnisse in Rechnung ziehen, müßten sie wohl längst bemerkt haben, daß sie mit derartigen Propaganda bei den Massen unserer Kollegen keine Gegenteile finden. Sie geben zu, daß der Artikel unklar gehalten sei, aber mit etwas Nachdenken hätte jeder vernünftige Kollege dahinterkommen müssen, was und wer gemeint sei. Ist ein Leitartikel in unserer Zeitung etwa einem Preisrätsel in einem Modeblatt gleichzustellen? Oder ist unsere Zeitung ein offizielles Regierungsorgan, daß die Leitartikel als Meinung der Regierung anzusehen sind? Den meisten Kollegen ist davon nichts bekannt. Das Nachdenken kann ich also der Schriftleitung wieder zur Verfügung stellen. Meiner unmaßgeblichen Meinung nach ist ein Artikel an dieser Stelle nur Stellungnahme der betr. Schriftleitung. Die Verletzung der gewerkschaftlichen Solidarität steht fest, Tabakarbeiter und graphische Gewerbe protestieren gegen den Ruin der Tabakindustrie. Die Metallarbeiter treten für die Steuer ein. Warum? Weil es nicht angängig ist zu sagen: „Die Arbeiter haben den Krieg nicht gewollt und deshalb auch keine Veranlassung, für durch ihn entstandenen Kosten aufzukommen. Mögen also die bescheidenden Klassen, in deren Interesse der Krieg vorwiegend geführt worden ist, auch die Kosten bezahlen.“ Der Vergleich mit den Brennerarbeitern hinkt ein klein wenig, ebenso wie der der Schädlichkeit des Tabakgenusses. Ich gebe zu, daß manche an sich mit einer Zigarette ible Erfahrungen gemacht haben, aber wo sind beim Tabak die gräßlichen Erscheinungen wie wir sie beim Alkohol täglich beobachten können. Bei der Zigarette hilft eine gründliche Wäsche den Schaden beseitigen, aber das Gend, daß durch die Fufelbrennerei erzeugt wird, kann nur durch Bekämpfung derselben beseitigt werden. Die bisherige Haltung der Zeitung zur Steuer hätte mir Nichtig sein können? Ich erinnere an die Haltung der Zeitung zur ausländischen Arbeitererschaft vor dem Kriege und dann bis zum letzten Berliner Verbandstag und die Debatte auf demselben über die Schriftleitung. Ich glaube Stoff genug zum Nachdenken! Schließlich mache ich mich durch die Resolution noch mißschuldig am Zigarettenrauchen der Jugend? O weh! Und der gute Rat, mich an die Zeitung zu wenden, wenn ich nicht weiß, wessen Meinung der betr. Artikel vertritt? Wenn Hunderttausend anfragen, drückt man den Artikel noch einmal, aber klarer ab oder was sonst? Den logisch denkenden Kollegen kommt es darauf an, der Masse unserer Kollegen in klarer und leicht verständlicher Weise den Weg zu zeigen, wie auch die Metallarbeiter die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten haben. Nur im Zusammenarbeiten mit der übrigen Arbeiterschaft und durch grundsätzliche Aufklärung wird es möglich sein, Organisationen zu schaffen die dem Unternehmertum Respekt und KonzeSSIONen abzwängen können. Jedes Herüber- und Hinüberstehen ist arbeiterschädlich und muß korumpierend wirken. Daß die Resolution nicht nur meine Ansicht und Auffassung des betr. Artikels ausdrückt beweist in Leipzig ihre einstimmige Annahme, sowie die ähnliche in Berlin und Düsseldorf. H. Lieberach. NB. Bitte um Abdruck obiger Zeilen an derselben Stelle wo man es für nötig hielt mich wegen meiner Stellungnahme anzugreifen. Gleichzeitig bitte ich, jede Zeile, wie sie am Leipziger Bericht geschehen ist zu unterlassen. Es ist wohl nicht mehr recht und billig, jemanden, dem man Dinge unterschiebt wie mir ein Wort zur Verteidigung und Erklärung zu gestatten. Mit kolleg. Gruß Arthur Lieberach, Leipzig Panitzsch 54 M.

Anmerkung der Schriftleitung: Was die „Fritur“ des Berichtes aus Leipzig in Nr. 19 betrifft, so haben wir damit nur unsere Pflicht getan. Dem Teil der Leipziger Kollegen, dem an einer sachlichen Erörterung gelegen ist, sei mitgeteilt, daß der Kollege Schäfer uns lediglich den in der Leipziger Volkszeitung vom 18. April (Nr. 90) erschienenen Versammlungsbericht zugefandt hat. Mit den Mitteilungen sind wir nur den Weisungen nachgekommen, die schon im Jahre 1901 der Verbandstag zu Nürnberg der Schriftleitung erteilt hat. Wenn jemand glaubt, daß wir damit unrecht getan haben, so mag unsferwegen der nächste Verbandstag darüber entscheiden. Wir können diesem das vorsichtigerweise aufgehobene „Manuskript“ unterbreiten. Wir wären ja nicht einmal verpflichtet gewesen, diese Zusendung des Kollegen Lieberach aufzunehmen; da er aber nun einmal durchaus den Wunsch zu haben scheint, recht „berühmt“ zu werden, so haben wir keine Veranlassung, ihn daran zu hindern.

### Rundschau

#### Reichstag.

In den paar Verhandlungstagen der letzten Woche haspelte man die Erörterung weiter ab, nicht viel anders, als wie es in Friedenszeiten auch zu geschehen pflegt. Die allgemeine Aufmerksamkeit und die Arbeit hinter den Kulissen war dem Wechsel in der Leitung des Reichsamts des Innern, dem Plan der Schaffung einer „Lebensmittel-Diktatur“ und der Feststellung eines Steuerkompromisses zwischen den bürgerlichen Parteien zugewandelt. Ueber den Wechsel im Reichsamt des Innern, die Leistung des ausgeschiedenen Staatssekretärs Delbrück als verantwortlichen Ministers für Sozialpolitik, sein Scheitern an den Aufgaben der Lebensmittelförderung und — über die nicht allein im Niederbruch seiner körperlichen Kräfte liegenden Gründe dieses Scheiterns können wir an dieser Stelle nicht handeln. Ebenso enthalten wir uns der Voraussetzungen über den „kommenden Mann“, als welchen man Helfferich bezeichnet. Zu dessen sozialpolitischer Einschätzung wird sich noch Gelegenheit finden, wenn er sein Programm entwickelt hat. Aber einige allgemeine Bemerkungen dürfen hier wohl eingeflochten werden: man konnte während der langen Tage nichtöffentlicher Verhandlungen über die Nachfolge Delbrücks der Klage häufig begegnen, daß bei all den verschiedenen Kombinationen, in denen von Ministern, Fabrikdirektoren, Oberpräsidenten usw. die Rede war, auch nicht ein einziges Mal ein Mitglied des Reichstags genannt worden sei, ein Verweis, wie weit wir noch vom parlamentarischen System entfernt seien usw. Eine die Frage berühren zu wollen, ob bei der parlamentarischen Gestaltung des Deutschen Reichs der Weg der Entwaldung bei uns in gerade Richtung auf das parlamentarische System hinführen wird oder nicht, und ohne weiterhin die Sozialdemokratie in Rechnung zu ziehen, die aus bekannten Gründen außer Betracht bleibt, läßt sich zum vorliegenden Fall ganz unparteiisch doch nur sagen, daß leider im Reichstag kein Mann von dem Maße gibt, aus dem das Sozial

Minister, Staatsmänner schneit. Wer sollte denn wohl die Leitung der Sozialpolitik übernehmen? Erwählung von Leuten wie Müller (Weinigen), Erzberger, Stresemann würde doch nur stille Feitelkeit auslösen, während eine Kandidatur Westarp in allen vorwärts gerichteten Kreisen unseres Volkes ganz andere Gefühle zu erwecken geeignet wäre. Im Volksleben kommt es eher nicht allein auf Vorschriften, sondern vielfach und hauptsächlich auch auf die Menschen an. Das Parlament soll seiner innersten Bestimmung nach eine Auslesung der besten Leute des Volks sein. In keinem Lande der Welt und unter keinem ist immer gearteter Wahlrecht ist dieser Gedanke erfüllt. Aber man tut dem im Deutschen Reichstag versammelten „guten Durchschnitt“ sicherlich auch kein Unrecht, wenn man hinzusetzt, daß unser Vaterland von dieser Regel keine Ausnahme macht.

Mit der Neubesetzung des Reichsamts des Innern hängt der Plan der Schaffung einer „Lebensmittel-Diktatur“ eng zusammen. Wenn darunter die Postierung der Fürsorge für die ausreichende Ernährung unseres Volkes von den allgemeinen (und auch dann noch allzu umfangreichen) Aufgaben des Reichsamts in dem Sinne zu verstehen ist, daß ein eigenes zentrales Amt dafür geschaffen werden soll, dann begrüßen wir den Gedanken. Er entspricht einer sozialdemokratischen Anregung aus dem — August 1914. Sollte man indessen an maßgebender Stelle der Meinung sein, durch eine Umorganisation der bisherigen Ungleichheiten ohne wesentliche Aenderung des Verfahrens an Haupt und Gliedern werde sich die wachsende und berechtigste Unzufriedenheit weiter Kreise beschleunigen lassen, dann ist man auf einem verhängnisvollen Wege. Die Dinge stehen, wenn wir sie recht sehen, heute so, daß wir den Krieg nicht mehr an den Grenzen, wohl aber im Innern, wenn kein Wandel eintritt, verlieren können. Selbst schwere Not und Entbehrungen trägt unser Volk in der Heimat, wie die Männer an der Front, willig, wenn es die Ueberzeugung hat, daß es dabei mit rechten Dingen zugeht und daß nicht einzelne inmitten der allgemeinen Knappheit prästen oder gar aus der Haut der schwachen Massen Kiemen für sich schneiden.

Endlich die Steuerfrage. Auch mit dem größten Wohlwollen wird kein Kritiker in den Steuerplänen des neuen und nun schon wieder erdichteten Schatzsekretärs Helfferich den Schatten einer Spur von einem neuen Gedanken finden können. Seine Vorschläge der Labarbesteuerung, der Quittungs- und Frachtbriefsteuer und der Vorkaufsteuer waren alle Klischees, wie sie sich irgendwo in den Schulbüchern des Reichsschatzamt zu Duzenden vorfinden. Das einzig Neue war die Kriegsgewinnsteuer, ein Zugeständnis an den Gedanken, daß man doch nicht teilnahmlos an der Last der riesigen Vermögensverschiebungen während der Kriegszeit vorübergehen dürfe, ohne die schlimmsten politischen Folgen gewärtigen zu müssen. Für Helfferich hatte diese Steuer auf Vermögenszuwachs während der Kriegszeit offenbar die Hauptbedeutung des Vorwands vor die geplanten indirekten Steuern: sie sollte denen, die vor einer Belastung der breiten Massen der Bevölkerung während des furchtbaren Kriegs unter gleichzeitiger Schonung der Besitzenden zurückschrecken, die Zustimmung erleichtern. Im Anfang sah es so aus, als ob dieser schlaue Plan an gesunden Gefühl einer Mehrheit in der Volksvertretung, deren Kern natürlich die sozialdemokratische Partei war, scheitern würde. Die indirekten Steuern wurden zum Teil (wie die Labarsteuer und der Quittungsstempel) abgelehnt, zum Teil sehr erheblich umgestaltet (Warenumsatzsteuer und Vorkaufsteuer, bei der Kriegsgewinnsteuer kam es sogar zu grundsätzlichen Änderungen: Veränderung des Prinzips (nicht bloß Heranziehung des Vermögenszuwachses, sondern auch des erhöhten Einkommens zur Steuer) ging Hand in Hand mit einer erheblichen Erhöhung der vorgeschlagenen Höhe und einer Ergänzung des ganzen Steuerplans durch den Beschluß, ein Drittel des Mehrertrags noch einmal als außerordentliche Steuer zu erheben. Vielleicht wäre es möglich gewesen, auf dieser Grundlage weiterzuarbeiten, durch eine Einbeziehung der Erbschaftsteuer noch mehr indirekte Steuern überflüssig zu machen und in dieser Richtung eine Verständigung herbeizuführen. Dem traten dann aber sehr starke und rassistische Kräfte entgegen. Es waren namentlich die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen, die aus Furcht vor einer Schmälerung ihres Vorkaufs auf dem Gebiete der direkten Steuern, den jährlichen Grund auf die bürgerlichen Parteien ausübten und sie denn auch leider sehr rasch weich machen. Ein solcher Versuch, eine innerlich unheilbare Sache nochmals zu halten. Ein böses Werk mit üblen Folgen, mehr allerdings für unsere politische Gegenwart, als für die politische Zukunft, weil die Entwicklung ja doch nicht aufzuhalten ist.

**Gewerkschaftliches.**

**Bauarbeiter.** Verbandstagesbericht. Am 6. April 1891 wurde auf dem dritten Kongress der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter in Halle der Verband der Bauarbeiter und Berufsgenossen gegründet, am 12. Mai des gleichen Jahres auf dem ersten Kongress in Göttingen der Zentralverband der Bauarbeiter Deutschlands. Beiden Verbänden war es beschieden, in der Arbeiterbewegung eine große Rolle zu spielen. Sie gingen aus freier Initiative hervor, hatten schwer gegen ein rücksichtsloses Unternehmertum zu kämpfen, haben es aber doch durchzuführen vermocht, daß der Unternehmer nicht mehr auf jedem Bau nach Guldentücken den Lohn festsetzen konnte. Die Vereinigung der beiden Verbände zu einem noch mächtigeren Ganzen konnte der Sache nur förderlich sein. Dem Bauarbeiter-Verband geht es leider so wie in vielen anderen Gewerkschaften: der Krieg hindert sie, sich des Erreichens in der Weise zu freuen, wie dies es eigentlich verdient hätte. Der Grund liegt in der unzureichenden Pflege der Organisation in einer einfach ausgeprägten Form, die aber einen sehr lehrreichen Inhalt hat. Wir können unseren Kollegen nur raten, sich sie zu verschaffen.

**Reichskonferenz.** In Hamburg wurde am 15. Mai eine Reichskonferenz des Bauarbeiter-Verbandes abgehalten. Die Vertreter waren auf Bezirkskonferenzen gewählt worden. Die Tagesordnung lautete: Die Vorschläge der Verhandlungskommission zur Erneuerung des Reichsarbeitsvertrages und die Lohnverträge. Der Verbandsvorsitzende Reppow berichtete über die Lage der Bauarbeiter. Die Verhandlungskommission hat einen Bericht über den Reichsarbeitsvertrag geschrieben, der die Teilnehmer jedoch genügt. In der Zwischenzeit wurde das Reichsarbeitsgesetz erlassen. Namentlich haben Vertreter aus dem Bauwesen betont, daß es ihnen dort unmöglich gewesen wäre, mehr herauszubekommen, wenn sie nicht auf alle Mitglieder der Organisation hätten Rücksicht genommen. Die Verhandlungen wurden trotz aller Schwierigkeiten einstimmig angenommen. Demnach besteht über die Tarifverträge im Bauwesen kein Zweifel. Der Reichsarbeitsvertrag, den Familien der im Felde stehenden Mitglieder zu bringen wiederum eine Unterbrechung zu zahlen.

**Herr Direktor Ernst und die Frauenarbeit.**

Herr Direktor Ernst von den Herren Reichsregierungsmitgliedern in Brandenburg ist über die in Nr. 18 der Arbeiter-Zeitung enthaltenen Angriffe nicht beruhigt. Die Nr. 20 der Arbeiter-Zeitung enthält folgende Zuschrift von ihm:

„Die Metallarbeiter-Zeitung hütet sich, meine Ausführungen in Nr. 16 der Deutschen Arbeiter-Zeitung wörtlich abzuzeichnen; sie greift nur das heraus, was ihr paßt, geht aber um den Kern der Sache herum, wie die Frage um den heißen Brei. So vermeidet sie nach wie vor die Frage zu nennen, welche sie in ihrer Nr. 15 angeführt hat; daß nicht die von mir geleitete in Frage kommt, will ich betonen. Sie ignoriert natürlich auch das in ihrem eigenen Bericht erhobene Klage über die Einstellung von Frauen zwecks Arbeiten an der Drehbank und am Schraubstock; dafür unterstellt sie mir, ich hätte den Verfasser des Berichts und die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung zum grundsätzlichen Gegner der Frauenarbeit gestempelt. Natürlich unrichtig. Ebenfalls geht sie auf die Tatsache ein, daß die erwähnte Frau aus ihrer Arbeit an der Drehbank einen guten Verdienst haben, der ihnen eine bessere Lebensweise gestattet. Die Metallarbeiter-Zeitung möchte meine Lebensbemerkungen zu ihrem Brandenburger Bericht als „aufgeregt“ und „neutentbrannt“ hinstellen. Auch das ist eine alte bei der Sozialdemokratie zwar beliebte, aber doch sehr verbrauchte Taktik. Mag ein jeder der diese Behauptung der Metallarbeiter-Zeitung nachprüfen will, die Deutsche Arbeiter-Zeitung nachlesen; der angeführte Abdruck in der Metallarbeiter-Zeitung scheint deren Schriftleitung ja nicht ratsam zu sein! — Zu Liebenswürdigkeiten im Sinne der Metallarbeiter-Zeitung habe ich dieser gegenüber keine Veranlassung; es genügt mir, wenn ich ihr Unrichtigkeiten und unzutreffende Behauptungen nachweisen kann.“

Die Unterstellung, daß uns der wörtliche Abdruck seiner schriftlichen Leistung in Nr. 16 der Arbeiter-Zeitung „nicht ratsam“ zu sein scheint, könnten wir in der Weise zurückgeben, daß es Herrn Direktor Ernst und der Arbeiter-Zeitung ja auch „nicht ratsam“, zu sein scheint, den Bericht aus Brandenburg in Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung wörtlich abzuzeichnen. Herr Direktor Ernst hat sich dagegen bemüht, in seiner ersten Zuschrift an die Arbeiter-Zeitung einen Vorwand zurechtzumachen und diesen totzuschlagen. Das Verfahren ist bequem, aber unangenehme Tatsachen kann man auf diese Weise nicht aus der Welt schaffen. Damit nun aber die Leser der Metallarbeiter-Zeitung die Möglichkeit haben, der Wahrheit uneingeschränkt auf den Grund zu kommen, drucken wir nunmehr noch nachträglich die erste, in Nr. 16 der Arbeiter-Zeitung enthaltene Zuschrift ab. Sie lautet folgendermaßen:

„Wenn die Zeit nicht so furchtbar erst wäre, dann müßte man den in Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Bericht aus Brandenburg a. S. von der humoristischen Seite nehmen. Der Bericht ist ganz in der alten Weise geschrieben. Er ergeht sich in allgemeinen Beschuldigungen gegen eine heiße Fabrik, vermeidet aber vorzüglich, die Firma zu nennen. Es soll sich also jeder sein Teil denken. Dann jammert der Bericht darüber, daß statt der fehlenden Männer Frauen eingestellt werden, die man nicht nur an der Fräs- und Drehbank, sondern auch am Schraubstock sieht. Was denkt sich der Verfasser dieses Berichtes eigentlich, und was die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung, indem sie besonders diesen Satz zum Abdruck bringt? Im allgemeinen sind doch die Sozialdemokraten sonst sehr dafür, daß man auch die Frauen nirgends behindert; sie wollen ihnen sogar das Stimmrecht verschaffen! Und heute, wo die Männer zum Kriegsdienst einberufen sind, sollen also die Frauen ruhig zu Hause bleiben? Sie sollen also die Männer in der Fabrik nicht ersetzen, soweit es möglich ist? Weiß denn der Verfasser dieses Artikels nicht, daß gerade im Interesse der Arbeiterfamilien die Frauen jetzt solche Fräs-, Dreh- und Schraubstockarbeiten machen, daß sie es im übrigen gerne tun, zumal der Verdienst ein hoher ist und ihre Gesundheit um so weniger darunter leidet, als sie vermöge des besseren Verdienstes in der Lage sind, sich und ihre Kinder besser zu nähren! Weiß der Verfasser auch nicht, daß von seinen der zuständigen Behörden die Einstellung von Frauen als Ersatz für männliche Arbeiter empfohlen wird? Ganz natürlich immer nur für solche Arbeiten, zu deren Ausübung die Kräfte einer Frau ausreichen.“

Und ist es etwa im Auslande anders? Gerade jetzt wird bekannt, daß in den englischen Munitionsfabriken fast 200 000 Frauen beschäftigt werden.

Wenn der Artikel weiter davon spricht, daß ein oder der andere Arbeitgeber „mit dem Schühengabeln“ gehandelt habe, so werden solche törichte Ausprüche sicher nur selten vorgekommen sein. Ist der Verfasser dieses Artikels oder die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung anderer Ansicht, dann mögen sie doch Namen nennen. Wenn wirklich einmal ein Arbeitgeber eine derartige Bemerkung gemacht hat, dann wird er sie hinterher wohl selbst als eine Dummheit erkannt und bereut haben.

Was nun die von mir geleitete Fabrik betrifft, so sagt der Bericht, es sei ein Dividendenjahr von 4 Proz. bei uns, sonst üblich gewesen, statt dessen seien jetzt 8 Proz. gezahlt. Mit diesem ganzen Satz will der Verfasser sicher zum Ausdruck bringen, daß die Corona-Werke einen ungeheuren Verdienst gehabt haben. Dabei ist in den Corona-Werken nicht eine Dividende von 4 Proz. üblich gewesen, sondern es hat Zeiten gegeben, wo eine Dividende von 11 bis 14 Proz. üblich war, wobei sich auch die Arbeiter ausgedehntlich gut fanden. Innerhalb 17 Jahren hat die Corona die nach dem sozialdemokratischen Berichteslauter übliche Dividende von 4 Proz. und ja freilich zweimal gezahlt, jetzt freilich mehr. Aber die Löhne, welche aus diesem Bericht spricht, ist genau die gleiche wie vor dem Kriege. — man merkt die Absicht, und man merkt sich's für künftige Zeiten!

Das die anderen hiesigen Werke betrifft, so mögen sie sich selbst gegen etwaige Unrichtigkeiten wehren.“

Herr Direktor Ernst sieht also, daß er im Irrtum ist, wenn er meint, es wäre „nicht ratsam“, seine Ausführungen abzuzeichnen. Hoffentlich ersieht er nunmehr auch ihm und der Arbeiter-Zeitung „ratsam“, den Bericht aus Brandenburg und unsere Erwiderungen in vollem Wortlaut abzuzeichnen. Verschiebt das nicht, so müssen wir annehmen, daß es den Herren „nicht ratsam“ erscheint. Im Falle selbst sei noch folgendes gesagt: Der Bericht aus Brandenburg in Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung enthält eine kurze allgemeine Veranschaulichung über die Schädlichkeit der Frauenarbeit, soweit diese sich in einer Weise bezieht, für die die Frauen nun einmal körperlich nicht geeignet sind. Das veranlaßte Herr Direktor Ernst unter anderem zu folgender Verurteilung (siehe auch oben):

„Im allgemeinen sind doch die Sozialdemokraten sonst so sehr dafür, daß man auch die Frau nirgends behindert; sie wollen ihnen sogar das Stimmrecht verschaffen! Und heute, wo die Männer zum Kriegsdienst einberufen sind, sollen also die Frauen ruhig zu Hause bleiben? Sie sollen also die Männer in der Fabrik nicht ersetzen, soweit es möglich ist?“

Demnach hatten wir den Schluß gezogen, Herr Direktor Ernst unterstelle uns, wir seien grundsätzliche Gegner der Frauenarbeit und ihm damit hinderlich, daß er damit im Irrtum ist. Wenn man im Laufe der Zeit öfters gezwungen ist, über einen und denselben Gegenstand zu schreiben, so kann man ihn doch nicht jedesmal von neuem einem Anfangsgewand an behandeln und infolgedessen war es auch nicht möglich, in dem Bericht aus Brandenburg zum so und sovielen Male grundsätzliche zu Frauenarbeit Stellung zu nehmen. Da nun Herr Direktor Ernst zu seinem eigenen Schaden der Metallarbeiter-Zeitung nur wenig Aufmerksamkeit zu schenken scheint, so ist ihm dies entgegen und er unterstellt uns, wir verlangen, die Frau solle „ruhig zu Hause bleiben“. Wäre das keine grundsätzliche Gegenmeinung zu Frauenarbeit, wenn die Sache sich so verhielte? Die wenig sich aber Herr Direktor Ernst der Drogen seiner eigenen Äußerungen bewußt ist, geht daraus hervor, daß er fertig bringt, in einer zweiten Zuschrift an die Arbeiter-Zeitung abzuzeichnen, er habe uns für Gegner der Frauenarbeit. Selbstverständlich sind wir das nicht. Dem Herr Direktor Ernst aber die Metallarbeiter-Zeitung etwas konsequenter geleitet hätte, so hätte er, daß die Aufhebung der Schraubstockarbeiten für die Frauen dazu geführt hat, daß diese Arbeiter verrättern müßten, die weit über das hinausgehen, was „angenehm“ ist und zu deren Ausübung die Kräfte einer Frau ausreichen.“ Wir meinen damit natürlich: auf die Dauer ausreichen. Uns dagegen zu werden, ist unsere

Pflicht und darin sollte Herr Direktor Ernst uns doch eigentlich zustimmen, denn er selber ist doch nach seinen eigenen Worten ebenfalls nur soweit für Frauenarbeit, „so weit es anständig ist“.

Diese langen Ausführungen mögen manchem überflüssig erscheinen. Wir waren aber dazu genötigt, um gewissen Leuten den Vorwand für die Behauptung zu nehmen, daß wir uns scheuten, mit einem Unternehmer in sachliche Auseinandersetzungen über die Frauenarbeit einzutreten.

Was ferner die wiederholte schwingende Forderung des Herrn Direktors Ernst betrifft, Namen zu nennen, so möge er sich an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Brandenburg, Steinstraße 32, 1, wenden. Die wird schon in der Lage sein, ihn über schädliche Wirkungen der Frauenarbeit in ihrer jetzigen Ausdehnung aufzuklären. Wenn Herr Direktor Ernst dann seinen Einfluß geltend machen will, daß die schädlichen Wirkungen der Frauenarbeit aufgehoben werden, so kann er sich rühmen, daß seine Zuschriften an die Arbeiter-Zeitung wenigstens mittelbar gute Folgen gehabt haben.

**Die Landwirtschaft und der Lebensmittelwucher.**

Unter der Spitzmarke „Eine Anklage“ druckt der Berliner Vorwärts in seiner Nr. 134 vom 16. Mai eine Zuschrift ab, die die Deutsche Tageszeitung, das Blatt des Bundes der Landwirte, dem Deutschen Vorkauf entnommen hat. Der Verfasser der Zuschrift schildert mehrmalige Beobachtungen, die er zu Friedenszeiten in D-Übergang der Ostbahn gemacht hat. Auf der Fahrt von Schneidemühl bis Berlin seien die Nachmittagszüge in der Regel reichlich gefüllt gewesen mit Vertretern der ehrenwerten Viehhändlergilde, die sich in den Abteilen mit großem Eifer dem „Jeu“ hinzugeben pflegten. Zwischenhinein pökelten sie im Speisewagen. Bei diesen Gelegenheiten hätten die Viehhändler über „Feldzugspäne der nächsten Zukunft“ beraten. Diese seien auf die „planmäßige Bewässerung der landwirtschaftlichen Br-uzenten und der städtischen Konsumenten“ hinausgelaufen. Bei den schamlosen Preistreibern die zur Osterzeit in Berlin stattfanden, sei der Verfasser an diese „erbaulichen Geschichten“ erinnert worden. Er fährt dann fort:

„Sene Klasse von Viehhändlern, die weitaus den Hauptteil der Schuld an der Verheerung zwischen Stadt und Land in Friedenszeiten trug, zwicke nach dem Schneidemühl-Berliner Kriegsplan (wie ich ihn nicht einmal, sondern buchstäblich vernommen) planmäßig bald diese Produzenten-Provinz, bald jene Konsumenten-Stadt. An die Reihe kämen sie alle! Heute wurde in dieser, morgen in jener Provinz der Produzent kaltgestellt durch planmäßige Einstellung der Nachfrage. Ebenso wurde heute Berlin, morgen Hamburg, übermorgen Magdeburg usw. als Objekt der Aus Hungern, d. h. des ganz geringen Angebots, und der entsprechenden Preistreiberei behandelt.“

Die Klasse war allmächtig und hielt eisensfest zusammen. Kein Augenfeind konnte wider den Stachel liden, den strategischen Plan mit Erfolg durchbrechen.“

Ist man auch in Kriegzeiten machtlos gegen diesen nummehr ins Unerhörte gesteigerten Viehwucher?“

Der Verfasser fordert für diejenigen, die in dieser Zeit das Volk mit Nahrungsmitteln planmäßig bewuchern, „neben empfindlicher Strafe am Vermögen die entehrendsten Freiheitsstrafen“. Nur das Zuchthaus sei der geeignete Aufenthalt für Leute, die in Deutschland nachweisbar teilhaben an dem englischen Hungerkrieg“. Zum gemeinsamen Vorteil für Stadt und Land müsse die ganze Organisation des deutschen Viehhandels auf einen neuen Boden gestellt werden.“

Der Berliner Vorkauf bemerkt zu dieser Zuschrift im Deutschen Vorkauf weiter nichts als:

„Wir sind neugierig, was die angegriffenen Kreise auf diese schwere Anklage zu erwidern haben.“

Uns scheint, daß der Vorkauf sich in diesem Falle etwas reichlich ahnungslos geberdet. Die angegriffenen Viehhändler werden sehr wahrscheinlich gar nichts sagen, sondern nach wie vor ihre „Geschäfte“ weiter zu machen versuchen. Auch können wir nicht glauben, daß sie ausgerechnet im Eisenbahnwagen, wo sie vor Vertretern nicht sicher sind, ihre „Feldzugspäne“ beraten. Wenn wirklich von solchen die Rede sein konnte, so wird die Sache wohl so liegen, daß einer oder der andere von den Beteiligten einmal das Wasser nicht halten konnte und während der Fahrt etwas ausfuhrte. Sagt das Agrarierblatt sich verpflichtet fühlte, die Einfindung gegen die Viehhändler verbreiten zu helfen, ist selbstverständlich. Mehrliches hat es schon früher getan. Die Landwirte schimpfen auf die Viehhändler und die Metzger, die Viehhändler auf die Landwirte und die Metzger, und diese schimpfen wieder auf die Landwirte und die Viehhändler, wenn der Fleischverbraucher dagegen zu murren wagt, daß aus ihm der Profit für alle drei herausgeholt wird. So geht das Spiel schon seit vielen Jahren. Der Bund der Landwirte veröffentlichte in der ersten Zeit seines Bestehens ein Flugblatt, worin er drohte, er werde in den Großstädten eigene Fleischverkaufsstellen errichten. Dadurch sollte den Landwirten höherer Gewinn und den städtischen Verbrauchern billigeres Fleisch zugeführt werden. Jetzt besteht der Bund der Landwirte schon 23 Jahre, er ist groß und stark geworden, außerdem hat die Gesetzgebung viel mehr zugunsten der Landwirtschaft gearbeitet als für jeden anderen Erwerbszweig und wir warten noch heute in ganz Deutschland auf die erste Fleischverkaufsstelle. Jetzt liegt die Sache so, daß Landwirte, Viehhändler und Metzger bei dem heutigen Stande der Dinge durchweg gute Geschäfte machen und kaum Ursache haben, eine Aenderung anzustreben. Jede Verteuerung, mag sie kommen, woher sie wolle, wird gewissenhaft auf den Verbraucher abgewälzt. Deswegen nimmt das deutsche Volk diese gegenseitigen Beschuldigungen nicht mehr ernst, sondern hält sie nur für Spiegel, fuchtere.

Wir werden jetzt sehen müssen, ob die von der Reichsregierung angekündigte Neuordnung der Ernährung den Erfolg haben wird, den Poststand zu lindern, der schon vor dem Kriege da war, während des Krieges aber zu einer furchtbaren Höhe gestiegen ist.

**Vom Ausland**

**Großbritannien.**

Der englische Vorkauf. Im Amalgamated Engineers' Monthly Journal (Monatsschrift der englischen Maschinenbauer) vom April berichtet der Generalsekretär Robert Young die Streitigkeiten am Clyde (Glasgow und Umgebung). Er schreibt: „Solange die Nation sich im Kriege befindet, müssen alle politischen und wirtschaftlichen Streitigkeiten aufhören. Wir haben über diesen Punkt ein Abkommen mit der Regierung abgeschlossen und wir haben das Recht zu erwarten, daß wir als Gewerkschaft unsere Unterschrift hochhalten werden.“

**Verbands-Anzeigen**

- |   |  |
|---|--|
| <b>Mitglieder-Versammlungen.</b><br>(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)<br>Freitag, 2. Juni:<br><b>Carlsruher</b> (Waldener-Instalateure)<br>Sambornshalle, 6 Uhr.<br>Sonntag, 4. Juni:<br><b>Metz.</b> Schrenz, Oberjochstr. 3 Uhr.<br>Mittwoch, 7. Juni:<br><b>Stolln.</b> Gewerkschaftshaus, halb 9. | <b>Bertramsleitznjammentünfte</b><br><b>Chemnitz</b> (Weichmetall). Samstag, 19. Juni, abends halb 9 Uhr, im Volkshaus Kolonnen.<br><b>Gelsenkirchen.</b> Donnerstag, 1. Juni, abds. 8 Uhr, Erdmann, Dittlitzstr.<br><b>Geilenkirchen.</b><br><b>Stellen.</b> Kaspar Kaiser.<br><b>Rawas-Potsdam.</b> R. Widum (83).<br>— F. Fames (94).<br><b>Welm.</b> Otto Marquardt, 27 F.,<br>Lumgentien. |
|---|--|